



akzente

BERUFLICHE BILDUNG IN BAYERN

Unsere Themen

- Pressegespräch zur Schulpolitik mit Ministerpräsident Stoiber
- KMK-Maßnahmen zur Deckung des Lehrerberarfs
- Projektorientierter Unterricht in der Metalltechnik
- Erfolgreiche Lernortkooperation im Arbeitskreis Schule-Wirtschaft
- Computereinsatz im Mathematikunterricht der beruflichen Oberstufe
- Ideen- und Materialbörse an der TU München
- InfoSCHUL in Bayern
- VLB im Gespräch mit dem Bayerischen Bauernverband



Auf der Suche nach dem Lehrernachwuchs:



Das Wasser steht uns bis zum Hals.

HERAUSGEBER

Verband der Lehrer an
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)
VLB Verlag e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: (089) 59 52 70
Telefax: (089) 5 50 44 43
Internet: <http://www.vlb-bayern.de>
e-mail: info@vlb-bayern.de

REDAKTION

Peter Thiel
Am Happach 40, 97218 Gerbrunn
Telefon: (0931) 70 76 91
Telefax: (0931) 70 76 91 und 7 95 31 13
e-mail: p.thiel@freenet.de
Martin Ruf
Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg
Telefon: (0931) 66 14 15
Telefax: (0931) 6 60 72 91
e-mail: ruf@vlb-bayern.de

ANZEIGENVERWALTUNG

Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: (089) 59 52 70
Telefax: (089) 5 50 44 43

GESTALTUNG

Lattke und Lattke GmbH
www.lattkeundlattke.de
Telefon: (0931) 6 60 66-0
Telefax: (0931) 6 60 66-90

DRUCK

Helmut Preußler-Verlag
Dagmarstraße 8, 90482 Nürnberg
Telefon: (0911) 9 54 78-0
Telefax: (0911) 5 42 48 6

ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS

„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich
Jahresabonnement 50,- DM zzgl. Versand

KÜNDIGUNG

Die Kündigung kann bis drei Monate vor
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

COPYRIGHT

Die veröffentlichten Beiträge sind
urheberrechtlich geschützt.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung der Redaktion.

MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung
durch die Redaktion als angenommen.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte
übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
decken sich nicht unbedingt mit der
Meinung der Redaktion.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumentationsdienst der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder, im Dokumentationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK und im Dokumentationsring DOPAED bibliographisch nachgewiesen.

REDAKTIONSSCHLUSS

für Heft 12/01: 2001-11-05
für Heft 01/02: 2001-12-03
für Heft 02/02: 2002-01-09

ISSN 0942 – 6930

ZHALT:

THEMA DES TAGES

- 3 Peter Thiel: Nur die eine Seite der Medaille

BILDUNGSPOLITIK

- 4 Pressekonferenz zu Schuljahresbeginn mit Ministerpräsident Stoiber
8 Pressemitteilung des VLB zu Schuljahresbeginn
9 Presserunden der Landtagsopposition
9 KMK verabschiedet Maßnahmen zur Deckung des Lehrbedarfs

LEHRERBILDUNG

- 10 Bayerns Lehrer werden praxisnäher vorbereitet

DIENST- UND VERSORGUNGSRECHT

- 12 Antragsinitiative: Rentenreform und Beamtenversorgung

VLB-INITIATIVEN

- 13 Schriftverkehr des VLB

PÄDAGOGIK UND UNTERRICHT

- 14 F. Liebgott/P. Fischer: Projektorientierter Unterricht in Metalltechnik
17 Ellen Jilg: Studienkreis Schule – Wirtschaft
18 Stefan Uhl: Computereinsatz im Mathematikunterricht an FOS/BOS
20 Stefan Uhl: Quo vadis ELITE?
21 A. Lauer/J. Altmann: Ideen- und Materialbörse des reformpädagogischen Forums

VLB-ONLINE

- 22 Johannes Münch: Großes Besucherinteresse an VLB-online
23 Johannes Münch: InfoSCHUL-Start in Bayern erfolgreich
23 Zusammenarbeit mit Cisco in der Lehrerfortbildung

AUS DEM VERBANDSLEBEN

Landesverband:

- 24 Hans Käfler: Optimismus ist angebracht
25 Berufsbezeichnung gesucht
25 Horst Lochner: Gespräch mit dem Bayerischen Bauernverband
26 **Bezirks- und Kreisverbände:** KV Allgäu
27 **Referate und Fachgruppen:** FG Berufsfach- und Fachschulen
27 **Personalien:** Luzie Härtl und Peter Wimmer im Ruhestand

BLICK ÜBER DEN ZAUN

- 30 CDU auf der Suche nach einer neuen Bildungspolitik
31 EU plant Norm für Lebensläufe
31 Nicaraguanische Kinder brauchen unsere Hilfe

BÜCHER/MEDIEN

- 32 Neues vom Büchermarkt

LESER SCHREIBEN

- 33 Von Volksvertretern nicht ernst genommen
34 Gleiches Recht für alle

TERMINE

- 35 Zum Vormerken

LETZTE SEITE

- 36 Josef Eisele: Schulsplitter

Titelfotos: P. Thiel; Albrecht Barthel („Die Tanten“)

Nur die eine Seite der Medaille



PETER THIEL

Jetzt wird geklotzt im Freistaat. Ministerpräsident Stoiber macht die Schulpolitik offenbar zur Chefsache. Äußeres Zeichen dieses Vorgangs ist sein Auftreten bei der obligatorischen Pressekonferenz des Kultusministeriums zu Schuljahresbeginn. Zudem fand diese Veranstaltung diesmal nicht am Salvatorplatz statt, wie in all den Jahren zuvor, sondern direkt im Machtzentrum bayerischer Politik, nämlich in der Staatskanzlei. Was Stoiber den Medienvertretern an jenem 11. September verkündete, war überraschend und erfreulich gleichermaßen: 4100 neue Lehrerplanstellen, verteilt auf die nächsten drei Jahre, das ist ein Wort. Unmittelbar vor der Bekanntgabe erst hatten Staatsregierung und CSU-Fraktionsvorstand die endgültige Entscheidung dazu getroffen. „Mit diesem finanziellen Kraftakt investieren wir in den nächsten drei Jahren, also bis Ende 2004, insgesamt rund eine Milliarde Mark und sichern damit unseren Spitzenplatz in der deutschen Bildungspolitik“, erklärte der Regierungschef.

Die neuen Lehrerplanstellen sollen nach Bedarf allen Schularten zu Gute kommen, wobei derzeit über den Modus der Verteilung noch keine Vorstellungen geäußert wurden. Also werden auch die beruflichen Schulen - hoffentlich angemessen und ihrer gesellschaftspolitischen Bedeutung gemäß - an dem warmen Regen partizipieren können. Es hat den Anschein, als gehören all unsere in der letzten Zeit geäußerten Perso-

nalsorgen nun der Vergangenheit an. Doch, wie gesagt, nur dem Anschein nach. Denn das Problem „Lehrernachwuchs an den beruflichen Schulen“ ist ja nicht nur ein quantitatives, es ist auch und in besonderer Weise ein qualitatives. Es besteht darin, dass es schlichtweg zu wenig Nachwuchs gibt, weil zu wenig junge Leute das Lehramt in Angriff nehmen. Mit den Gründen dieser verhängnisvollen Erscheinung haben wir uns in der Vergangenheit hinlänglich auseinander gesetzt. Es sind dies u.a. die mehr als ungünstigen Bedingungen während des Referendariats, insbesondere die finanzielle Situation der Referendare, entsprechend verlockende Angebote der Wirtschaft an die jungen Leute oder eine Lehrerbildungskonzeption, die hinter der Entwicklung vor allem im High-Tec und IT-Bereich herhinkt. Der VLB hat bekanntlich mehrfach bereits konstruktive Vorschläge zur Verbesserung der Lage unterbreitet.

Man kann es jungen Menschen kaum verdenken, dass sie trotz pädagogischer Neigungen und Fähigkeiten und trotz Freude am Umgang mit der Jugend dem Lehramt an beruflichen Schulen die kalte Schulter zeigen, weil sie sich beispielsweise als Verantwortliche für eine Familie bereits den Luxus eines entsprechenden Studiums nicht leisten können.

Wenn Ministerpräsident Stoiber an jenem 11. September vor den Medienvertretern also feststellte, dass „durch diese bildungspolitische Großoffensive des Freistaats Planungssicherheit und Verlässlichkeit im Schulunterricht für Schüler, Eltern und Lehrer gewährleistet sind und eine hochwertige Unterrichtsversorgung in diesem und den beiden nächsten Schuljahren garantiert ist“, dann stellt dies nur die eine Seite der Medaille dar und mag auf die allgemeinbildenden Schule durchaus zutreffen. Solange der Nachwuchs für das Lehramt an beruflichen Schulen jedoch Mangelware

ist, wird es vor allem an den Schulen mit weniger attraktiven Standorten trotz jetzt verfügbarer Stellen auch keine Planungssicherheit geben, zumal es ja zu den neuen Freiheiten beruflicher Schulen gehört, sich um die Lehrereinstellung selbst kümmern zu können.

Woher den Lehrernachwuchs also nehmen, wenn nicht stehlen? Aus anderen Bundesländern? Da gibt es selbst genügend Bedarf. Aus Sondermaßnahmen? Nur unter Vorbehalt. Der Teufel also steckt wieder einmal in Detail. Sowohl die bisherigen Berufsschulen als auch die jetzigen Kompetenzzentren erfordern den fachlich kompetenten Lehrer, der aus dem Berufsfeld kommt und der der rasanten Entwicklung „draußen“ auch gerecht wird. Nur ein solcher wird bei der Kooperation von unserem Dualpartner ernst genommen, alles andere ist verlorene Liebesmüh. An den beruflichen Schulen kann man eben nicht so ohne weiteres umschichten, wie sich dies derzeit beispielsweise zwischen den Grund- und Hauptschulen abzeichnet.

So beeindruckend die Planstellenoffensive der Staatsregierung auch sein mag, Planungssicherheit und Verlässlichkeit hängen an den beruflichen Schulen nur zum Teil von ihr ab. Dass die einzelnen Studiensemester unseres Lehramts an der Hochschule derzeit so ausgedünnt sind, geht jedoch auf frühere Planungsmängel zurück. Diese sind jetzt auf die Schnelle nicht gutzumachen. Sie können der amtierenden Kultusministerin wohl nicht angelastet werden, auch wenn sie damals bereits mit im Boot saß. Nur zu gut allerdings erinnern wir uns daran, wie ihr Vorgänger im Amte Mitte der 90-er Jahre generell vor dem Lehrstudium warnte und dabei die beruflichen Schulen in keiner Weise ausnahm.

Die derzeitige Personalproblematik an den beruflichen Schulen hat also tiefere Wurzeln. Durch den zweifelsohne mutigen Schritt der Staatsregierung allein kann sie vermutlich nicht gelöst werden, weil sich Angebot und Nachfrage nicht die Waage halten. 

Pressekonferenz zu Schuljahresbeginn mit Ministerpräsident Stoiber:

„Ein guter Tag für die Bildungspolitik“

PETER THIEL

Zu Beginn des neuen Schuljahres fand - wie üblich - die Pressekonferenz von Kultusministerin Monika Hohlmeier statt, diesmal in der Staatskanzlei und in Anwesenheit von Ministerpräsident Stoiber, was die Bedeutung der Veranstaltung in besonderer Weise unterstrich.

4100 zusätzliche Lehrerstellen

In seinem Statement verkündete Stoiber, Bayern werde in den nächsten drei Schuljahren zusätzlich 4100 neue Lehrerinnen und Lehrer einstellen. „Mit diesem finanziellen Kraftakt investieren wir in den nächsten drei Jahren insgesamt rund eine Milliarde Mark in zusätzliche Lehrerstellen“, sagte Stoiber. Der Freistaat sichere damit seinen Spitzenplatz in der deutschen Bildungspolitik. Die neuen Planstellen sollen allen Schularten zu Gute kommen.

Dies sei die Konsequenz auf die Forderung der Wissensgesellschaft, meinte der Ministerpräsident Stoiber. Die Investition beweise, dass die Zukunftschancen der Schülerinnen und Schüler Priorität besitzen.

Die neuen Stellen verteilen sich wie folgt auf die kommenden Schuljahre: 2001/2002 sind es 1300 zusätzliche Einstellungen, im Jahr darauf nochmals 1300 und 2003/2004 schließlich dann 1500.

Wie gesagt, es handelte sich um neu geschaffene Lehrerstellen; durch Ruhestandsversetzungen freiwerdende Stelle sind davon nicht berührt.

Mit dieser Bildungsoffensive können - so Stoiber - drei Ziele erreicht werden:

- Der Schülerberg der nächsten Jahre wird bewältigt.
- Es wird Vorsorge gegen den Unterrichtsausfall getroffen.
- Das Erfolgsmodell der sechstufigen Realschule kann bereits bis

2003 flächendeckend verwirklicht werden.

Planungssicherheit und Verlässlichkeit

„Gute Bildungschancen sind das Beste, was wir unseren Kindern mitgeben können“, erklärte der Ministerpräsident. Mit der heutigen Entscheidung seien verlässliche Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Weiterentwicklung des bayerischen Bildungswesens gegeben. Die Entscheidungsträger haben dafür gesorgt, dass Planungssicherheit und Verlässlichkeit im Schulunterricht garantiert seien. Die hohe Qualität des bayerischen Schulsystems habe oberste Priorität und sei die Basis für alle weiteren Reformschritte.

Eine deutliche Verjüngung der Lehrerschaft

Neben den zusätzlichen Lehrerstellen werden also auch in den kommenden Jahren alle freiwerdenden Lehrerplanstellen neu besetzt. Die Lehrkräften bleiben somit von den Entscheidungen zur Personaleinsparung ausgenommen. Dies bedeute, dass die Zahl der tatsächlichen neuen Anstellung deutlich

höher liege: „Insgesamt stellt der Freistaat allein in diesem Schuljahr fast 5000 Lehrer neu ein“, sagte Stoiber. Bis zum Beginn des Schuljahres 2003/2004 werden es auf den bestehenden und den zusätzlichen Planstellen bis zu 15000 junge Lehrkräfte sein, die der Freistaat engagiert. Damit werde auch eine deutliche Verjüngung der Lehrerschaft erreicht.

„5000 neue Lehrkräfte in diesem Schuljahr - das ist ein absoluter Einstellungsrekord im Freistaat“, sagte Stoiber. 1300 zusätzliche Lehrer im beginnenden Schuljahr - die Quote sei auch Einstellungsrekord im Ländervergleich.

„Heute ist ein guter Tag für die Bildungspolitik“, meinte der Ministerpräsident. Mit der offensiven Einstellungspolitik wolle man insbesondere dem Unterrichtsausfall die Stirn bieten. Dazu werde insbesondere die mobile Reserve ausgebaut. Die zusätzlichen Stellen dienen aber auch dazu den Lehrer-Mehrbedarf wegen der steigenden Schülerzahlen abzudecken. Erst 2005/2006 sei die Spitze des Schülerberges überschritten.

Ausgaben in Milliardenhöhe

Europäischer Binnenmarkt, Globalisierung und Internet stellen



Die Schulpolitik zur Chefsache gemacht. Ministerpräsident Stoiber und Kultusministerin Hohlmeier vor Medienvertretern in der Staatskanzlei. Foto: Missé

zum Teil völlig neue Anforderungen an Bildung und Ausbildung. Mit den zusätzlichen Stellen erreicht Bayern auch Verbesserungen in der Informationstechnik an Schulen. „Wenn es einen Schlüssel zur nachhaltigen Verbesserung der Lebenschancen und des Wohlstands in unserer Gesellschaft gibt, dann ist es die Sicherung und Erhöhung der Qualität von Bildung und Ausbildung“, sagte der Ministerpräsident. Leistungsfähigkeit und Innovationsvermögen hängen ganz entscheidend vom Wissensvorsprung der Unternehmen und ihrer Mitarbeiter ab. Deshalb habe der Freistaat starke Akzente in der Bildungspolitik gesetzt: Seine Ausgaben für die Schulen lagen im Jahre 2000 erstmals knapp über 10 Milliarden DM, werden 2002 sogar 10,8 Milliarden betragen und damit 16,4% des Gesamthaushalts ausmachen. Mit seinen Ausgaben für Bildung und Wissenschaft zusammen stehe Bayern mit einem Anteil von 31,9% bezogen auf die Gesamtausgaben im Jahr 2001 an der Spitze der Flächenländer.

„Eine einzigartige finanzpolitische Prioritätensetzung“

Bildung besitze also auch in finanziellen Zeiten hierzulande oberste Priorität, „sie ist ein wesentliches Fundament unseres Erfolges im Rahmen des Wettbewerbes unter den Ländern“.

Finanziert werden die neuen Lehrerstellen im Wesentlichen aus Haushaltsmitteln. Für einen vorübergehenden Spitzenbedarf während des Schülerberges sollen auch Privatisierungserlöse eingesetzt werden. „Insgesamt stellt unsere heutige Entscheidung eine einzigartige finanzpolitische Prioritätensetzung dar.“

„Wir haben einen guten Schulstart“

„Die zusätzlichen Stellen werden dazu verwendet, in den Jahren mit stark steigenden Schülerzahlen in den weiterführenden Schulen die Unterrichtsversorgung auf hohem Niveau zu sichern“, sagte Kultusmi-

nisterin Monika Hohlmeier im zweiten Teil der Presserunde. Zudem sollen Klassenstärken reduziert und weitere Maßnahmen für eine Verbesserung der Unterrichtsqualität ermöglicht werden. Ein Teil der Stellen werde für die Aufstockung der mobilen Reserve verwendet, „um noch flexibler auf Erkrankungen von Lehrkräften reagieren zu können“.

An den Realschulen betrage der Schülerzuwachs heuer zehn, an den Gymnasien zwei und an der beruflichen Oberstufe sieben Prozent. Dieser Anstieg zeige, vor welchen Herausforderungen das bayerische Schulwesen steht.

Mit Blick auf das neue Schuljahr sagte die Ministerin: „Wir haben einen guten Schulstart, wir haben trotz steigender Schülerzahlen Verbesserungen erzielt“. Nach dem Statement des Ministerpräsidenten hielt sich Frau Hohlmeier in ihren grundsätzlichen Ausführungen eher kurz, verwies auf die in Bayern in Gang gesetzte Schulentwicklung, stellte sich dann aber vornehmlich den Fragen der Journalisten und verwies bei Details auf das umfangreich vorliegende Begleitmaterial. Begrüßenswert daraus u.a. der Hinweis auf die Förderung innovativer schulinterner Fortbildung durch sog. Projektmittel. Die Schulen erhalten dabei Gelder zur eigenverantwortlichen Deckung des Aufwands für innovative Fortbildungsprojekte.

Details zu den beruflichen Schulen

Für die beruflichen Schulen wies das Pressematerial folgende Einzelheiten aus:

- *Einrichtung neuer Berufsfachschulen*

An acht einjährigen Berufsfachschulen werden seit diesem Schuljahr die Inhalte des ersten Ausbildungsjahres für IT-Berufe vermittelt. Diese Schulen entlasten somit die Betriebe und erschließen neue Ausbildungsplätze, indem sie die betriebliche Ausbildungsphase auf zwei Jahre verkürzen. Darüber hinaus wurde eine weitere zweijährige Berufsfachschule (in Bamberg) für

Informatik-Assistenten eingerichtet. Neu ist außerdem eine zweijährige staatliche Berufsfachschule für Sozialpflege (Münnerstadt) und eine einjährige Berufsfachschule für Gastronomieberufe (Landkreis Hof).

- *Fachrichtung Informationstechnik an der Technikerschule*

Die Einrichtung der Fachrichtung Informationstechnik an der Technikerschule ermöglicht die Qualifizierung zum staatlich geprüften Informationstechniker. Zielgruppen für diese neue Fachrichtung sind die Absolventen der neuen IT-Berufe und die Absolventen elektrotechnischer Berufe.

- *Altenpflegeausbildung*

Das Bundesverfassungsgericht gab dem Antrag der Staatsregierung statt und verhinderte somit das Inkrafttreten eines von der Bundesregierung initiierten Gesetzes. Die Altenpflegeausbildung erfolgt also an den entsprechenden Fachschulen als Fortbildung bzw. Umschulung mit unveränderten Zugangsvoraussetzungen.

- *Erleichterungen beim Erwerb der Fachhochschulreife*

Schüler und Studierende im letzten Schuljahr einer mindestens zweijährigen Fachschule oder Fachakademie können die uneingeschränkte Fachhochschulreife durch eine zusätzliche Prüfung in nur einem Fach (Mathematik oder Englisch) erwerben. Absolventen von Fachschulen mit staatlicher Abschlussprüfung und Fachakademien sowie Meister und Absolventen gleichgestellter Fortbildungsprüfungen können mit einer verkürzten Prüfung in Deutsch, Englisch und Mathematik eine allerdings auf Bayern beschränkte Fachhochschulreife erwerben. Bislang umfasste die Ergänzungsprüfung grundsätzlich sechs Fächer.

Wird ein Studiengang angestrebt, der zu dem bisher ausgeübten Beruf in enger Beziehung steht, können Meister und Absolventen gleichgestellter Fortbildungsprüfungen sowie Absolventen von Fachschulen und Fachakademien

eine fachgebundene, auf die einschlägigen Studiengänge und auf den Freistaat Bayern beschränkte Fachhochschulreife erreichen. Dazu müssen die Bewerber schriftliche Prüfungen in Deutsch und Mathematik (für technische Studiengänge) oder Englisch (für nichttechnische Studiengänge) sowie eine mündliche Prüfung in den Grundlagen des gewählten Studienganges absolvieren.

• *Notenhürde für die berufliche Oberstufe*

Zum neuen Schuljahr wurde als Zugangsvoraussetzung für FOS und BOS ein Notenschnitt von mindestens 3,5 in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik im mittleren Schulabschluss bzw. ein guter Berufsabschluss verlangt. Wer diese Voraussetzungen nicht erfüllte, musste sich einer Aufnahmeprüfung unterziehen.

• *Abschlussprüfung an der Wirtschaftsschule*

Erstmals liegt der Abschlussprüfung für die Wirtschaftsschule der neue Lehrplan zu Grunde. In der Betriebswirtschaft und im Rechnungswesen wurden die Abschlussprüfungen überarbeitet. Der dabei berücksichtigte handlungsorientierte Ansatz unterstreicht

die praxisnahe Ausbildung an den bayerischen Wirtschaftsschulen.

• *Direktbewerbungs- und offenes Versetzungsverfahren*

Zum Einstellungstermin September 2001 wurde das bereits im letzten Jahr erprobte Direktbewerbungsverfahren erweitert. Neben den Berufs- und Wirtschaftsschulen konnten diesmal auch die FOS, die BOS und die Berufsschulen für Behinderte selbst Stellen ausschreiben und über die Auswahl der Bewerber entscheiden. Erstmals wurde auch das Versetzungsverfahren mit dem Direktbewerbungsverfahren verknüpft. Zwei Drittel der rund 240 ausgeschriebenen Stellen konnten im Direktbewerbungsverfahren besetzt werden. Die restlichen Stellen wurden im Zuweisungsverfahren vergeben. Das Verfahren wird als Erfolg gewertet und im nächsten Jahr ausgebaut werden.

• *Neue Ausbildungsberufe und überarbeitete Ausbildungsordnungen*

Zum 1. August wurden elf Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrpläne in Kraft gesetzt (u.a. Veranstaltungskaufmann/-kauffrau, Sport- und Fitnesskaufmann/-kauffrau). Die Vorgaben wurden in Landeslehrpläne bzw. in Lehrplanrichtlinien umgesetzt.

Die beruflichen Schulen im Spiegel der Zahlen

Wie in den vergangenen Jahren lassen sich die Zahlen – so die Angaben des Kultusministeriums – für das anlaufende Schuljahr derzeit noch nicht mit hinreichender Sicherheit für alle der insgesamt sieben beruflichen Schularten mit ihren zahlreichen Ausbildungsrichtungen und Fachklassen angeben. Dies erklärt sich daraus, dass noch nicht alle Jugendlichen ihre Berufsentscheidung getroffen haben, und in mehreren Schularten die Anmeldefristen bis zum Unterrichtsbeginn laufen. Es wird deshalb bei den Schülerzahlen weitgehend von den Entwicklungen im vergangenen Schuljahr ausgegangen.

Dagegen liegen bei der Zahl der Neueinstellungen von Lehrkräften genaue Daten zum Schuljahr 2001/2002 vor. Allerdings sind wegen der vielfältigen schulorganisatorischen und personellen Verflechtungen von staatlichen Berufsschulen, Berufsfachschulen, Wirtschaftsschulen, Fachschulen und Fachakademien, insbesondere auch wegen des Direktbewerbungsverfahrens, die Zahlen für diese Schularten zusammengefasst.

Neueinstellungen an beruflichen Schulen (ohne FOS/BOS)

	2001/02	Veränd. geg. 2000/01	
Insgesamt	239	+ 10	+ 4,4 %

Berufsschulen:

Berufsschulen insgesamt	2000/01	Veränd. geg. 1999/00	
Schüler	284.183	+ 2.334	+ 0,8 %
Klassen	12.463	+ 26	+ 0,2 %
Klassenstärke	22,8	+ 0,1	+ 0,6 %

Berufsschulen staatlich	2000/01	Veränd. geg. 1999/00	
Schüler	190.986	+ 353	+ 0,2 %
Klassen	8.693	- 33	- 0,4 %
Klassenstärke	22,0	+ 0,1	+ 0,6 %

Berufsfachschulen

(ohne Berufsfachschulen des Gesundheitswesens und ohne Wirtschaftsschulen):

Berufsfachschulen insgesamt	2000/01	Veränd. geg. 1999/00	
Schüler	21.354	- 192	- 0,9 %
Klassen	991	+ 12	+ 1,2 %
Klassenstärke	21,5	- 0,5	- 2,1 %

Berufsfachschulen staatlich	2000/01	Veränd. geg. 1999/00	
Schüler	8.785	- 296	- 3,3 %
Klassen	407	- 1	- 0,2 %
Klassenstärke	21,6	- 0,7	- 3,0 %

Wirtschaftsschulen

Wirtschaftsschulen insgesamt	2000/01	Veränd. geg. 1999/00	
Schüler	22.231	+ 429	+ 2,0 %
Klassen	863	+ 15	+ 1,8 %
Klassenstärke	25,8	+ 0,1	+ 0,2 %

Wirtschaftsschulen staatlich	2000/01	Veränd. geg. 1999/00	
Schüler	7.330	+ 90	+ 1,2 %
Klassen	281	konstant	
Klassenstärke	26,1	+ 0,3	+ 1,2 %

Fachschulen

Fachschulen insgesamt	2000/01	Veränd. geg. 1999/00	
Schüler	16.991	+ 893	+ 5,5 %
Klassen	822	+ 24	+ 3,0 %
Klassenstärke	20,7	+ 0,5	+ 2,5 %

Fachschulen staatlich	2000/01	Veränd. geg. 1999/00	
Schüler	3.589	+ 200	+ 5,9 %
Klassen	167	+ 6	+ 3,7 %
Klassenstärke	21,5	+ 0,4	+ 2,1 %

Fachakademien

Fachakademien insgesamt	2000/01	Veränd. geg. 1999/00	
Schüler	7.488	- 349	- 4,5 %
Klassen	301	- 12	- 3,8 %
Klassenstärke	24,9	- 0,2	- 0,6 %

Fachakademien staatlich	2000/01	Veränd. geg. 1999/00	
Schüler	207	- 48	- 18,8 %
Klassen	9	- 1	- 10 %
Klassenstärke	23	- 2,5	- 9,8 %

Neueinstellungen an den Fachoberschulen und Berufsoberschulen:

Bei den Fachoberschulen und Berufsoberschulen liegen bereits Zahlen für das neue Schuljahr 2001/2002 vor, allerdings nur für die staatlichen Schulen, nicht jedoch für die kommunalen und privaten.

	2001/2002	Veränd. geg. 2000/01	
Insgesamt	261	+ 102	+ 64,2 %
- Beamtenverhältnis	80	+ 22	+ 37,9 %
- unbefristetes Angestelltenverhältnis/mit Zusage auf Übernahme bzw. befristetes Angestelltenverhältnis	181	+ 80	+ 79,2 %

Fachoberschulen

Fachoberschulen staatlich	2001/02	Veränd. geg. 2000/01	
Schüler	21.288	- 1.128	- 5,0 %
Klassen	826	- 33	- 3,8 %
Klassenstärke	25,8	- 0,3	- 1,1 %

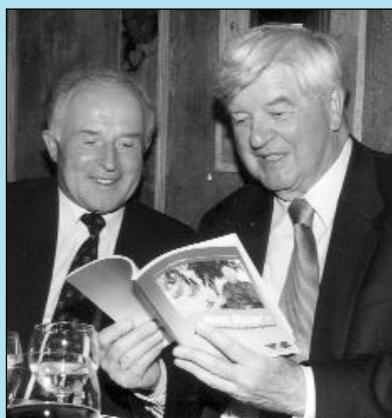
Berufsoberschulen

Berufsoberschulen staatlich	2001/02	Veränd. geg. 2000/01	
Schüler	7.744	+ 907	+ 13,3 %
Klassen	329	+ 40	+ 13,8 %
Klassenstärke	23,5	- 0,2	- 0,8 %

So lautet der Titel eine Veröffentlichung in der Schriftenreihe des VLB. Anlaß zur Drucklegung war der 70. Geburtstag des ehemaligen bayerischen Kultusministers Prof. Dr. Hans Maier. Unbestreitbar hat Prof. Maier in seiner Amtszeit als Kultusminister der Gleichwertigkeit des beruflichen Bildungsweges mit dem allgemeinbildenden zum Durchbruch verholfen.

Auf rund 180 Seiten im Format DIN A5 würdigt das Werk nicht nur die Verdienste des kämpferischen ehemaligen Kultusministers um die berufliche Bildung und die beruflichen Schulen. Es erläutert auch die bildungshistorischen und bildungspolitischen Hintergründe vom Humanismus bis zur heutigen Position. Den großen Nestoren der beruflichen Schulen Georg Kerschensteiner, Aloys Fischer und Eduard Spranger sind eigene Kapitel gewidmet. Ihr Denken und ihre Werke beeinflussten Prof. Dr. Hans Maier

„Hans Maier – Wegbereiter moderner beruflicher Bildung“



Autor Hans Huber (links) und Prof. Dr. Hans Maier

Genuss lesen. Auch jungen Leuten auf dem Weg zur Lehramtsprüfung kann man die Lektüre nur empfehlen. Hans Huber, erfahrener Berufsschullehrer, langjähriger Seminarvorstand, Ministerialbeauftragter a. D., VLB-Mitglied und großer Idealist ist Autor dieses Werkes.

Erwerben können Sie die Schrift zum Preis von 15,- DM (VLB-Mitglieder 10,- DM) über unsere Geschäftsstelle, Dachauer Straße 4, 80335 München, Telefon 089/595270, Telefax 089/5504443, E-Mail: VLBBayern@aol.com.

nachhaltig. Nicht nur Berufspädagogen und andere Freunde der Geistesgeschichte werden die Broschüre mit

Pressemitteilung des VLB zum Schuljahresbeginn:

Stehen die beruflichen Schulen vor einem Personaldesaster?

Zu Beginn des neuen Schuljahres bestätigt sich offensichtlich, was der VLB bereits im Vorjahr befürchtet und worauf er wiederholt hingewiesen hatte: Die Versorgung der beruflichen Schulen mit Lehrpersonal wird den Zuwachsraten bei den Schülern in keiner Weise gerecht. Als besonders eklatant erweist sich der Lehrermangel zum einen in der beruflichen Oberstufe (FOS und BOS) und zum anderen in der beruflichen Erstausbildung – also in der Berufsschule – bei den neuen IT-Berufen. Im IT-Bereich auch deshalb, weil hier die Lehrerbildung hinter der Entwicklung herhinkt.

„Unvermeidlich schlittern wir an den beruflichen Schulen in ein Personaldesaster hinein, wenn die Staatsregierung nicht sofort für Abhilfe sorgt, indem sie entsprechende Planstellen schafft“, sagte VLB-Landvorsitzender Hermann Sauerwein zu Schuljahresbeginn und verwies unter anderem auf die Flut von Ruhestandsversetzungen, welche sich für die kommenden Jahre abzeichnet. Dies werde die Situation nochmals drastisch verschärfen. Die bisher von der Staatsregierung zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel zur Überbrückung der Personalkrise bezeichnete Sauerwein als einen Schritt in die richtige Richtung. Gleichzeitig aber nannte er die bisherigen Maßnahmen einen „Tropfen auf den heißen Stein“. Ganz entscheidend sei, dass diese Mittel in Planstellen umgewandelt werden, damit eine berechenbare Personalsituation entstehe. Nur bei Vorhandensein entsprechender Planstellen werden sich junge Leute für das Lehramt an beruflichen Schulen entscheiden und der so dringend erforderliche Lehrernachwuchs sich längerfristig einstellen.

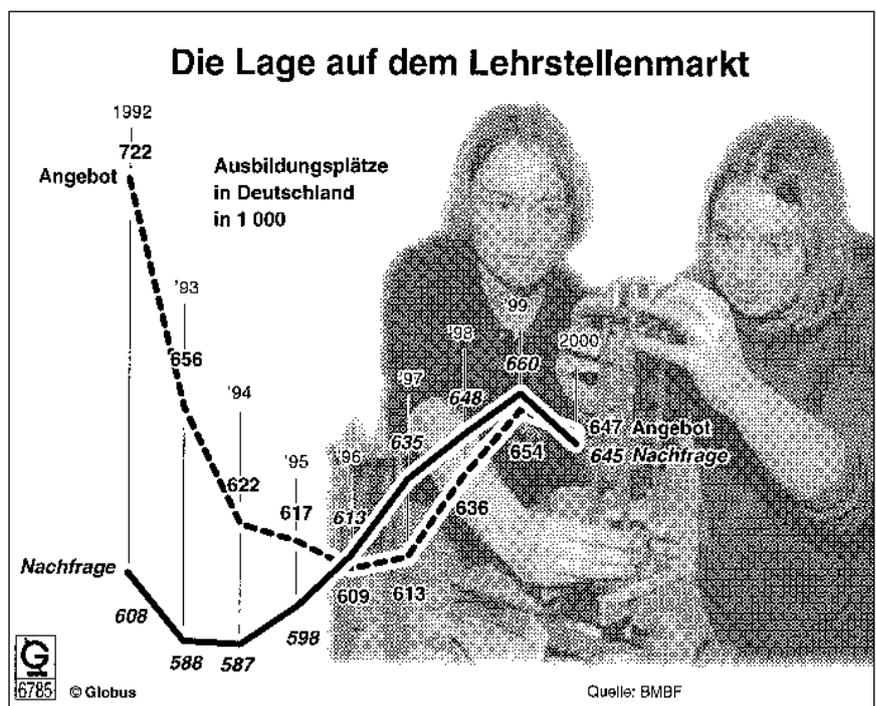
Die von Ministerpräsident Stoiber und Kultusministerin Hohlmeier angekündigte Schaffung von 4100

Lehrerstellen in den nächsten drei Jahren sind für den VLB allerdings ein Lichtblick. „Wir hoffen, dass die beruflichen Schulen angesichts ihrer gesellschaftlichen Bedeutung bei der Verteilung dieser Stellen bedarfsgerecht Berücksichtigung finden“, sagte Sauerwein.

Als begrüßenswert bezeichnete der VLB-Vorsitzende die von der Staatsregierung angekündigte Förderung innovativer schulinterner Fortbildung. Auch die Tatsache, dass an acht einjährigen staatlichen Berufsfachschulen das erste Jahr der Berufsausbildung der I- und T-Technik gewidmet wird, wertete er als positives Zeichen. „Diese Berufsfachschulen fördern die Ausbildungsbereitschaft kleiner und mittlerer Unternehmen, indem sie ihnen die Vermittlung entsprechender Lerninhalte abnehmen“, erklärte der Landesvorsitzende.

Nach Auffassung des VLB ist die Situation auf dem Ausbildungsstel-

lenmarkt noch immer nicht zufriedenstellend. Zwar bemühen sich sowohl die Industrie als auch das Handwerk nach wie vor um ein vermehrtes Angebot an Ausbildungsplätzen. Dennoch sind es in Bayern wiederum mehr als 10 % der Jugendlichen des neuen Einstellungs-jahrgangs, die bislang noch nicht untergebracht werden konnten. „Von einer freien Berufsentscheidung sind wir somit noch ein gutes Stück entfernt“, sagte Sauerwein. Während die von der Industrie angebotenen Ausbildungsplätze i.d.R. mehrheitlich gerne angenommen werden, zeigen überraschend viele junge Leute den Angeboten des Handwerks die „kalte Schulter“ und dies, obwohl die späteren Chancen in den Handwerksberufen durchaus gut sind und die Ausbildungsvergütungen zum Teil erheblich angehoben wurden. „Am Geld allein also kann's nicht liegen“, sagte Sauerwein. Vielmehr wollen Eltern und Jugendliche in einem Ausbildungsverhältnis in erster Linie den Bildungs- und nicht nur den Arbeitsaspekt erkennen. Sauerwein unterstrich in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Berufsschule nicht nur als Ausbildungsinstitution, sondern vor allem als Ort der Persönlichkeitsbildung. 



Presserunden der Landtagsopposition

Auch die beiden Oppositionsfraktionen im bayerischen Landtag hatten zu Pressegesprächen eingeladen. „Der Schuljahresbeginn steht unter keinem guten Stern“, sagte MdL Eberhard Irlinger als schulpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Da die Gesprächsrunde der Sozialdemokraten einen Tag vor dem Pressetermin des Kultusministeriums lag, hatte Irlinger keine Möglichkeit auf die Entscheidung der Staatsregierung die neuen Lehrplanstellen betreffend zu reagieren. Über die wohl nun überholte Forderung nach mehr Planstellen hinaus enthielt das SPD-Pressepapier folgende Postulate:

- Entwicklung eines vernünftigen Schullebens, das den Kindern mehr Möglichkeiten zur Entfaltung und den Pädagogen mehr Zeit für Erzieherisches ermöglicht.
- Umsetzung der inneren Schulreform „mit Überzeugung und Effizienz“, wobei den Schulen ein höheres Maß an Eigenverantwortung eingeräumt werden müsse.

- Entlastung der Schulleiterinnen und Schulleiter.
- Fortbildungsangebote zur pädagogischen Vorbereitung der Real-schullehrer auf die 5. und 6. Jahrgangsstufe.

Die Anliegen der beruflichen Schulen kamen nicht zur Sprache, zumindest enthielt das Pressepapier der Sozialdemokraten darauf keine Hinweise.

Die Landtagsgrünen lobten die inzwischen vollzogene Planstellenmehrung. „Auch die Staatsregierung konnte die Augen nicht mehr länger vor den bildungspolitischen Notwendigkeiten verschließen“, sagte Petra Münzel. Umso enttäuschter zeigte sich die schulpolitische Sprecherin der Fraktion „über die mangelnde Innovationsbereitschaft der Staatsregierung“ im Bereich der Ganztagschule. „Mit der heutigen Ankündigung, endlich längst überfällige Stellen zu schaffen, scheint das Innovationspotential der Kultusministerin auch schon wieder ausgereizt“. Monika

Holmeier verliere kein Wort über die derzeit brennendste Frage in der Bildungspolitik, nämlich die Einführung von Ganztagsschul-Angeboten. Spätestens im nächsten Schuljahr müsse in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt eine freiwillige Ganztagschule angeboten werden, forderte Petra Münzel.

Unter dem Motto „Selbst ist die Schule“ setzen die Bündnisgrünen auf mehr Eigenständigkeit, Selbstverantwortung und Kreativität der Schulen. Reformen müssen von unten, also von den an der Schule Beteiligten, angestoßen werden, von den Lehrkräften, den Schulleitungen, den Eltern und nicht zuletzt von den Schülern.

Petra Münzel kündigte ein von ihrer Partei initiiertes Internetprojekt an, das den Titel „Schule entfalten“ trägt. Dabei werde allen an der Schule Beteiligten und Interessierten Gelegenheit gegeben, Vorstellung zur Verbesserung des Lernortes darzulegen und mit anderen darüber ins Gespräch zu kommen. Das Projekt ist auf ein halbes Jahr begrenzt und endet im Februar. *pth*

Zur Deckung des Lehrbedarfs:

KMK verabschiedet in Hamburg Maßnahmebündel

In der 294. Plenarsitzung der KMK wurden die Beratungen über Maßnahmen zur Deckung aus künftigen Lehrbedarfs für das allgemeinbildende und berufliche Schulwesen fortgesetzt.

Zum Abbau von Mobilitätsbeschränkungen vereinbarten die Kultusminister der Länder in Hamburg für die Übernahme von Lehrkräften aus anderen Ländern neue Leitlinien, die zu einer deutlichen Vereinfachung der bisherigen Verfahrensweisen führen und Lehrerinnen und Lehrern den Wechsel in ein anderes Land schneller ermöglichen. Folgende Vereinbarung wurde getroffen:

„Jede Lehrkraft kann sich nach

Abschluss der Lehrerausbildung bundesweit bewerben und dort in den Schuldienst eingestellt werden, wo sie nach erfolgter Auswahl ein Angebot erhalten hat.

Lehrkräfte, die bereits im Schuldienst eines Landes beschäftigt sind und das Land wechseln wollen, können unter Beachtung des Anspruchs der Schülerinnen und Schüler auf Unterrichtskontinuität von einem anderen Land nach folgendem Verfahren übernommen werden:

1. Übernahme von im Schuldienst stehenden Lehrkräften über das Bewerbungs- und Auswahlverfahren
 - 1.1. Lehrkräfte können jeder-

zeit an Bewerbungsverfahren in einem anderen Land teilnehmen. Sie sind verpflichtet, ihrer Bewerbung eine Erklärung über die Freigabe seitens ihrer Dienststelle beizufügen.

1.2. Die Länder verpflichten sich, Freigabeerklärungen so großzügig wie möglich unter Beachtung dienstlicher Interessen zu erteilen; sie kommen überein, eine Freigabeerklärung in der Regel nicht später als zwei Jahre nach der Erstantragstellung auf Freigabe zu erteilen (z. B. beim Einsatz in abiturvorbereitenden Kursen oder bei schulspezifischen Mangelsituationen).

1.3. Die Familienzusammen-

führung steht für die Kultusministerkonferenz im Mittelpunkt der Bemühungen. Die Kultusministerkonferenz strebt an, in allen Ländern Freigabeerklärungen zur Familienzusammenführung zu erreichen. Sie appellieren an die Finanzminister, über die Regelung des § 107b BeamtVG hinaus Versorgungsbezüge in diesen Fällen anteilig zu übernehmen. Eine entsprechende gesetzliche Festschreibung ist anzustreben.

1.4. Das aufnehmende Land verpflichtet sich, das abgebende Land zum frühestmöglichen Zeitpunkt über eine vorgesehene Einstellung bzw. Stellenbesetzung zu informieren.

2. Übernahme von im Schuldienst stehenden Lehrkräften im Einigungsverfahren zwischen den Ländern (Tauschverfahren)

2.1. Lehrkräfte können auch einen Antrag für das Einigungsverfahren stellen. Über das Einigungsverfahren soll Lehrkräften insbesondere aus sozialen Gründen, z. B. zur Familienzusammenführung, eine zusätzliche Möglichkeit eines Länderwechsels eröffnet werden.

2.2. Um möglichst vielen Lehrkräften einen Länderwechsel zu ermöglichen, wird das Ländertauschverfahren flexibilisiert, z. B. durch fächer- und lehramtsü-

bergreifende Handhabung.

2.3. Die Länder werden die Anerkennung einer Lehrbefähigung von im Schuldienst befindlichen Lehrkräften entsprechend den 'Beschlüssen zur Anerkennung von Lehrkräften' (Husum 1999) großzügig handhaben.

2.4. Der erforderliche Arbeitsaufwand in den Schulbehörden wird durch ein EDV-Verfahren vermindert, dessen einheitlicher Minimal-Datenkatalog von allen Ländern angewandt wird.

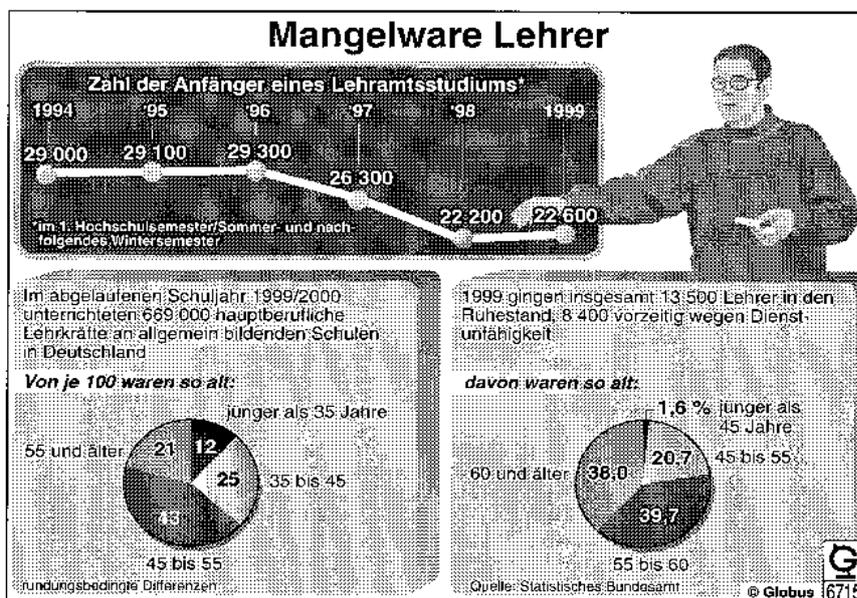
3. Allgemeine Verfahrensgrundsätze Die Übernahme im Verfahren 1. und 2. erfolgt grundsätzlich zum

Schuljahresbeginn, in Ausnahmefällen auch zum Beginn des Schulhalbjahres.

Die Vorschläge sollen auch Anwendung finden für Lehrkräfte an Privatschulen und für an deutschen Schulen im Ausland tätige Bundesprogrammlehrkräfte.“
(dpa)

Anmerkung: Ob auf die hier beschriebene Weise der Lehrerberauf der kommenden Jahre „gedeckt“ werden kann bleibt zu bezweifeln. Mittlerweile herrscht in allen „Alt-Bundesländern“ Lehrermangel, insbesondere an beruflichen Schulen.

H. Sauerwein



Reform der Lehrerbildung:

Bayerns Lehrer werden praxisnäher vorbereitet

Künftig werden angehende Lehrer in Bayern praxisnäher ausgebildet und während des Studiums besser auf ihren Beruf vorbereitet. „Die erhöhten Anforderungen, die an Lehrkräfte im Unterricht und in erzieherischer Hinsicht gestellt werden, machen eine Reform der Lehrerbildung unerlässlich“, betonte Kultusministerin Monika Hohlmeier in München. So werde neben einer größeren Praxisnähe der erziehungswissenschaftliche Anteil im Studium erheblich verstärkt.

Lehramts-Studenten sollen mög-

lichst früh Klarheit über ihre Eignung für den angestrebten Beruf erhalten. „Jedes Lehramtsstudium erhält zwei neue Praktika, und zwar ein Orientierungs- und ein Betriebspraktikum. Diese Praxisnähe im Studium ist deutschlandweit einmalig. Hier setzt Bayern Maßstäbe“, erklärte Hohlmeier.

Ein vierwöchiges Orientierungspraktikum ist künftig vor Beginn oder am Anfang des Studiums Pflicht. Der Student soll den Schulbetrieb aus der Sicht des Lehrers bzw. der Lehrerin kennen lernen.

Neu ausgestaltet wird das schulpädagogische Blockpraktikum, das je nach Lehramtsstudium zwischen drei und fünf Wochen dauert. Am Ende des Praktikums findet ein ausführliches Gespräch statt, das den Studierenden helfen soll, ihre Eignung und Neigung für den angestrebten Beruf realistisch einzuschätzen. „Den bekannten Praxischock darf es künftig nicht mehr geben“, sagte die Ministerin. Neu ist außerdem ein Betriebspraktikum von 8 Wochen, in dem die Studierenden einen Einblick in Berufsfel-

der außerhalb der Schule erhalten sollen. „Das Betriebspraktikum ist kein kleiner Aushilfsjob. Es dient dazu, dass die künftigen Lehrer Wirtschaftsprozesse besser verstehen und über den Tellerrand der Schule hinausblicken“, so Hohlmeier.

Wegen der schwieriger werden den Erziehungsaufgaben in den Schulen sei auch eine deutliche Verstärkung des Anteils der pädagogischen und psychologischen Studien in allen Lehramtsstudiengängen notwendig, so die Ministerin. So werden beispielsweise beim Lehramt für Gymnasien die Studienanteile für allgemeine Pädagogik und für Schulpädagogik verdoppelt und der Studienanteil für Psychologie erhöht.

Die inhaltlichen Prüfungsanforderungen in den Fachwissenschaften und in der Fachdidaktik werden aktualisiert. Neue Entwicklungen, vor allem im Bereich der Naturwissenschaften, werden in die inhaltlichen Prüfungsanforderungen eingearbeitet – beispielsweise im Fach Biologie die Bio- und Gentechnologie. Ferner müssten Elternarbeit, Gesprächsführung und Schulmanagement fester Bestandteil der Ausbildung angehender Lehrerinnen und Lehrer sein, betonte die Ministerin. Bereits im Studium würden moderne Unterrichtsformen, wie Freiarbeit und offener Unterricht, einbezogen. Im Vorbereitungsdienst müssten diese schulpraktisch fundiert und in der Lehrerfortbildung fortgeführt werden.

Der Entwurf zur Änderung der Lehramtsprüfungsordnung (LPO I) wurde vor kurzem den Universitäten und Fachverbänden zugeleitet. Er berücksichtige die vom Bayerischen Ministerrat am 23. Juni 1998 beschlossenen Eckpunkte zur Lehrerbildung. „Der Entwurf, an dem 45 Fächerkommissionen beteiligt waren, ist in enger Zusammenarbeit zwischen Ministerium und Universität entstanden. Wir machen keine Reform vom grünen Tisch“, erklärte Hohlmeier. Die Verordnung werde zum 1. August 2002 in Kraft treten. *Bulletin der bayerischen Staatsregierung 16/2001* ▼

Übertragung der Rentenreform auf die Beamtenversorgung

Dazu stellten die Abgeordneten Dr. Eykmann, Ach, Heckel, Kupka, Dr. Bernhard, Brunner, Eckstein, Gabsteiger, Grabner, Jetz, Kiesel, Kreidl, Meyer, Dr. Müller Helmut, Neumeier, Nöth, Peterke, Sackmann, Schmid Peter, Schreck, Strehle, Unterländer, Dr. Waschler, Winter (alle CSU) in der Landtagssitzung vom 25. Juli 2001 den nachfolgenden Antrag.

„Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die großen deutschen Alterssicherungssysteme insbesondere auf Grund der demographischen Entwicklung und der längeren Laufzeiten der Renten und Pensionen vor wachsenden Finanzierungsproblemen stehen. Der in den nächsten Jahren zu erwartende Kostenanstieg wird bei der gesetzlichen Rentenversicherung durch das insgesamt anhaltend hohe Arbeitslosenniveau und bei der Beamtenversorgung durch die starke Ausweitung des öffentlichen Dienstes in den 70er Jahren noch verstärkt.

Für die gesetzliche Rentenversicherung hat die Rentenreform 2001 als Kernpunkte eine Absenkung des Rentenniveaus sowie die Förderung einer zusätzlichen kapitalgedeckten Altersvorsorge zum Inhalt. Dies wird nicht ohne Auswirkungen auf die Beamtenversorgung bleiben. Bei einer Änderung der Beamtenversorgung müssen nach Auffassung des Landtags aber folgende Grundsätze beachtet werden:

- Das eigenständige System der Beamtenversorgung darf nicht in Richtung einer Grundsicherung verändert werden.
- Übertragung der Rentenreform auf die Beamtenversorgung. Die vorgesehenen Maßnahmen dürfen nicht zu Sonderopfern der Beamten und Versorgungsempfänger führen.
- Die vom öffentlichen Dienst in den letzten Jahren erbrachten erheblichen Vorleistungen müssen in vollem Umfang angerechnet werden.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens eines Versorgungsänderungsgesetzes 2001 alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um sicherzustellen, dass

- bei der Übertragung der Rentenreform auf die Beamtenversorgung die unterschiedlichen Konzeptionen und Sicherungsziele dieser Alterssicherungssysteme berücksichtigt werden;

- eine Absenkung des Versorgungsniveaus grundsätzlich auf den Teil der Versorgung beschränkt bleibt, der als Basissicherung der gesetzlichen Rente entspricht;
- bei der Ausgestaltung der versorgungsrechtlichen Einsparmaßnahmen die in den letzten Jahren bereits vorgenommenen massiven Einschnitte im Dienst- und Versorgungsrecht nicht außer Acht bleiben, damit die gebotene soziale Symmetrie gewahrt und eine einseitige Benachteiligung der Beamten vermieden werden.

Begründung:

Die Altersversorgung der Beamten ist bifunktional ausgestaltet, weil sie die von der gesetzlichen Rentenversicherung gewährleistete soziale Grundsicherung mit einer Zusatzsicherung kombiniert, wie sie in der Wirtschaft etwa als Betriebsrente gewährt wird. Eine Absenkung der gesamten Versorgung, also auch über den der Rente entsprechenden Teil der Beamtenversorgung hinaus, würde zu einer überobligatorischen Belastung und damit zu einem Sonderopfer der Beamten führen.

Die Beamten und Versorgungsempfänger haben in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Vorleistungen erbracht. Diese Vorleistungen müssen bei der Absenkung des Versorgungsniveaus berücksichtigt werden. Dies gilt insbesondere für die finanziellen Belastungen

- auf Grund der Versorgungsreform 1992;
- im Vollzug der im Dienstrechtsreformgesetz sowie im Versorgungsreformgesetz enthaltenen Sparmaßnahmen, deren Einspareffekt mittelfristig gut 8 % beträgt;
- durch das „Einfrieren“ der jährlichen Sonderzuwendungen auf den Stand von 1993;
- wegen der seit 1992 um insgesamt 16 Monate (in höheren Besoldungsgruppen sogar um 29 Monate) zeitlich hinausgeschobenen Bezügeanpassungen;
- auf Grund der 1999 eingeführten Versorgungsrücklage, die zu einer dauerhaften Absenkung des Besoldungs- und Versorgungsniveaus und damit des gesamten Lebenseinkommens von 3 % führt;
- durch die Nullrunde im Jahr 2000;
- wegen der Nichtgewährung der Einmalzahlung an die Versorgungsempfänger (für die Monate September bis Dezember 2000).“

Der VLB ist online ...

Unsere Homepage finden Sie unter der Adresse
<http://www.vlb-bayern.de>

Neue email-Adressen der Geschäftsstelle

Posteinlaufstelle, allgemeine Fragen:
info@vlb-bayern.de

Geschäftsführer Stefan Mayr:
mayr@vlb-bayern.de

Mitgliederbetreuung, Beiträge:
diekmann@vlb-bayern.de

Versicherungen, VLB-Verlag, VLB-akzente:
goetzke@vlb-bayern.de

Schreiben von Kultusministerin
Monika Hohlmeier an den
Landesvorsitzenden des VLB,
9. August 2001

Unterrichtsversorgung an Fachoberschulen und Berufsoberschulen

*Sehr geehrter Herr Landesvorsitzender,
für Ihr Schreiben vom 21.06.2001, in dem Sie Ihre Sorgen zur Unterrichtsversorgung an Fachoberschulen und Berufsoberschulen für das kommende Schuljahr zum Ausdruck bringen, danke ich Ihnen.*

Wie Sie verschiedenen Pressemitteilungen wohl schon entnommen haben, ist es durch einen gemeinsamen Kraftakt der Staatsregierung und der CSU-Landtagsfraktion gelungen, zu den bisherigen Mitteln – in unserem Schreiben vom 11.06.2001 wurden diese bereits angesprochen – noch einmal Mittel für weitere 80 Lehrkräfte bereitzustellen.

Damit kann die diesjährige Budgetlücke um 4 % auf 6,6 % reduziert werden. Somit kann der Pflichtunterricht weitgehend abgedeckt werden; in begrenztem Rahmen können auch wieder Teilungen vorgenommen oder Ergänzungs- und Wahlunterricht angeboten werden. Sie stimmen mit mir gewiss darin überein, dass damit eine wesentliche Verbesserung der Unterrichtssituation trotz der angespannten Haushaltslage erreicht wird.

*Mit freundlichen Grüßen
Monika Hohlmeier*

Schreiben des Bayerischen
Staatsministeriums für
Unterricht und Kultus an den VLB,
14. August 2001

Lehramt an beruflichen Schulen; hier: Erstseminare für Diplomhandelslehrer an Wirtschaftsschulen

*Sehr geehrte Damen und Herren,
wir danken Ihnen für Ihr Schreiben vom 23.05.2001, in dem Sie sich für den Erhalt der wirtschaftswissenschaftlichen Seminare an Wirtschaftsschulen einsetzen. Wir haben unsere Haltung zu dieser Frage überprüft und nehmen wie folgt Stellung:*

Seit Mitte der 80er Jahre gibt es eine einheitliche Lehrerbildung ohne Differenzierung zwischen der Ausbildung für das höhere Lehramt an kaufmännischen Schulen und der Ausbildung für die gewerblich-technischen Fachrichtungen. Die seit ca. 20 Jahren bestehende gemeinsame Zulassungs- und Ausbildungsordnung (ZALB) sieht keine Unterschiede in der Ausbildung vor. Sie erfolgt bei den Seminarlehrern an den Berufsschulen. Die Seminare an den Wirtschaftsschulen sind ein Überbleibsel der Ausbildung für das Höhere Lehramt an kaufmännischen Schulen.

Der Wechsel der Referendare innerhalb des ersten Ausbildungsjahres beeinträchtigt die kontinuierliche Ausbildungsarbeit und ist insbesondere aus ausbildungsdidaktischen Gründen abzulehnen. Zum Teil führt es sogar dazu, dass Referendare die für das berufliche Schulwesen bedeutendste Schulart Berufsschule kaum kennengelernt haben, wenn sie im 2. Jahr des Vorbereitungsdienstes an einer Wirtschaftsschule oder an einer Fachoberschule/Berufsoberschule eingesetzt waren.

Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus hat bislang in Anerkennung der Leistung der Seminarlehrer und aus Gründen des Vertrauensschutzes kein Erstseminar an Wirtschaftsschulen geschlossen. Wenn allerdings ein Seminarlehrer an Wirtschaftsschulen ausscheidet, wird diese Funktion aus o. g. ausbildungsdidaktischen und fachlichen Gesichtspunkten nicht neu besetzt. Diese Auffassung wird von den Regierungen und Staatlichen Studienseminaren mitgetragen.

Wirtschaftsschulen werden nicht von der Ausbildung der kaufmännischen Referendare ausgeschlossen. Es ist erwünscht, dass Referendare an Wirtschaftsschulen hospitieren und ggf. Unterrichtseinsätze absolvieren, um diese Schulart kennenzulernen. Seminare für die allgemein bildenden Zweifächer werden an den Wirtschaftsschulen auch in Zukunft beibehalten. Darüber hinaus besteht auch weiterhin die Möglichkeit, Referendare im 2. Ausbildungsjahr an einer Wirtschaftsschule einzusetzen.

*Mit freundlichen Grüßen
gez. Dr. Güttler, Regierungsschuldirektor*

Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen an den VLB, 17. August 2001

**Europäischer Sozialfonds (ESF), Ziel 3
hier: Projekt 1: Förderung der Qualifizierung für Meister/Innen der Hauswirtschaft, Geprüfte Fachhauswirtschaftler/Innen und Hauswirtschaftliche Betriebsleiter/Innen Politikbereich C (Systemmaßnahmen, Maßnahme 6)**

*Sehr geehrter Herr Sauerwein,
wir danken Ihnen für Ihr Schreiben vom 30. März 2001, in dem Sie die Aufnahme des Berufs der Hauswirtschaftlichen Betriebsleiterin in das Forschungsprojekt anregen. Wir sehen wie Sie die Notwendigkeit dafür.*

Die Teile 1 und 2 des Projekts (Ermittlung des Qualifizierungsbedarfes und Entwicklung von Qualifizierungsmodulen) werden federführend von der zuständigen Stelle für die Berufsbildung in der Hauswirtschaft bei der Regierung von Mittelfranken bearbeitet.

Die zuständige Stelle wird zu einem späteren Zeitpunkt die hauswirtschaftlichen Berufsverbände und auch den VLB über den Fortgang des Projekts informieren und erhält Abdruck unseres Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen

i. A. Angerbauer

Ltd. Ministerialrat

Pädagogik und Unterricht

Fortbildung an der ALP Dillingen im Bereich Metalltechnik:

Aus der Unterrichtspraxis – für die Unterrichtspraxis!

FRANZ LIEBGOTT / PETER FISCHER

So könnte man die Fortbildungsveranstaltung zum projektorientierten Unterricht umschreiben, die Anfang Juli in Dillingen stattgefunden hat. 32 Kollegen aus den verschiedenen Bereichen der schulischen Berufsausbildung, darunter ein Schulleiter aus Laome in Togo, konnten anhand von verschiedenen erprobten Konzepten erfahren, wie projekt- und handlungsorientierter Unterricht – sowohl in der betrieblichen, wie auch in der schulischen Ausbildung – geplant und realisiert werden kann.

Nach der Begrüßung durch Herrn Neumann referierte Gottfried Scholl, Ausbildungsleiter bei der Firma BHS Cincinnati in Sonthofen, welche Kenntnisse der Betrieb von den Auszubildenden fordert und welche Fähigkeiten über den Zeitraum der Ausbildung zielgerichtet zu entwickeln sind. Dabei hob Scholl ganz besonders hervor, wie sich gerade auch in der betrieblichen Ausbildung die Bedeutung



Die Referenten: Gottfried Scholl, Franz Liebgott und Peter Fischer

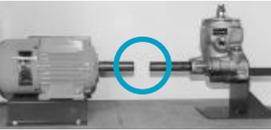
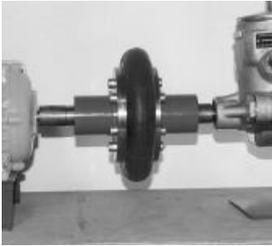
zwischen den unmittelbar fachlichen Anforderungen zugunsten der methodischen und sozialen Fähigkeiten verschoben hat. Aus dieser Vorgabe heraus zeigte Scholl sehr anschaulich, mit welchen Konzepten er versucht neben den sogenannten traditionellen Anforderungen am Arbeitsplatz auch solche Qualifikationen zu berücksichtigen, die als Fähigkeit zu planen, als Teamfähigkeit, als Selbsttätigkeit,

usw. umschrieben und unter dem Begriff der Schlüsselqualifikationen zusammengefasst werden.

Dabei ist es nach Einschätzung des Referenten besonders wichtig, dass sich die Planung "seiner Projektarbeiten" ausschließlich an solchen Aufgaben orientiert, die sich aus den Belangen der betrieblichen Fertigung heraus ergeben. Für die Ausbilder ist dieser Weg einerseits sehr aufwendig, andererseits gewinn-

nen die Arbeitsergebnisse in den Augen der Auszubildenden einen wesentlich höheren Stellenwert, wenn die von ihnen entwickelten Baueinheiten einer konkreten Verwendung zugeführt werden können und nicht – wie es oft geschieht – als Edelschrott in polierten Schaukästen verstauben! In der anschließenden Aussprache nahmen die Teilnehmer sehr rege die Gelegenheit wahr, sich genauestens über die inhaltliche Gestaltung der projektorientierten Arbeitsweise in einem Ausbildungsbetrieb zu informieren.

Im zweiten Referatsteil stellte Franz Liebgott, Lehrer an der BS I Kempten – nicht zuletzt gestützt auf den Vortrag von Gottfried Scholl – fest, dass einerseits die Bedeutung einer gezielten Entwicklung von Fach-, Sozial- und Methodenkompetenz im Unterricht unumstritten ist, dass es andererseits aber an solchen Konzepten fehlt, mit denen sich diese Ziele konkret realisieren lassen. Die gegenwärtige Situation ist gekennzeichnet von einer Unsicherheit bei vielen Kollegen. Strukturreform, überzogene Erwartungen seitens der Bildungstheoretiker bezüglich des handlungsorientierten Lernens, lernfeldorientierte Lehrpläne, Multimedia und vor allem die nach Roesch zu leeren Schlagwörtern verkommenen Begriffe wie Projektunterricht, Schlüsselqualifikationen und Handlungsorientierung bestimmen die Szenerie. Demgegenüber fehlt es an praktikablen Konzepten, mit denen der willige Kollege sich systematisch einem Unterricht nähern kann, dem andere Ziele zugrunde liegen, als die bloße Aneinanderreihung von prüfungsrelevantem Faktenwissen. Bei uns Lehrern muss zunächst grundsätzlich darüber Einigkeit herrschen, dass ein auf die reine Wissensvermittlung angelegter Unterricht wenig mit der Entwicklung von Fachkompetenz zu tun haben kann. Ebenso liefern gelegentlich praktizierte Gruppenarbeitsphasen keinen wirksamen Beitrag zur Entwicklung von Sozialkompetenz. Außerdem scheint es mehr als fraglich, ob methodische Kompe-

Von der Problemstellung über die Anwendung einer Methode und der Bearbeitung in Teams	... zur Problemlösung
Eine möglichst praxisnahe Problemstellung	Die Nutzung einer Strategie; z.B. des Vorgehensplans in Anlehnung an die VDI-Richtlinien 2001/2001	Möglichst durchdachte, begründete und innovative Arbeitsergebnisse
 <p>Entwicklung einer Kupplung zur Energieübertragung zwischen einem Motor und einer Pumpe</p>	<p>Arbeitsschritte/Phasen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Analysieren 2. Konzipieren 3. Entwerfen 4. Ausarbeiten 	

Das von Peter Fischer vorgestellte Unterrichtsbeispiel zur Entwicklung von Fach-, Methoden und Sozialkompetenz.

tenzen einfach nur dadurch zu entwickeln sind, indem es den Schülern überlassen bleibt, über welche Wege sie problemhaltige Aufgaben größeren Umfangs selbstständig zu lösen versuchen. Es fehlt prinzipiell an überzeugenden, nachvollziehbaren Konzepten für die Gestaltung eines Unterrichts, der zielgerichtet und wirksam Fach-, Methoden- und Sozialkompetenz zu entwickeln versucht. Aber genau dies wird von uns Lehrern in der gegenwärtigen Diskussion um die Entwicklung der beruflichen Handlungskompetenz verlangt. Mit der bisher praktizierten Unterrichtsplanung ist diese Zielstellung jedoch nicht zu erreichen.

Vor diesem Hintergrund stellte Liebgott vor, wie verschiedene Teams einer Technische-Zeichner-Klasse über eine umfassende Aufgabenstellung unter Anwendung einer wirksamen Strategie selbstständig bearbeiteten. Im Mittelpunkt der Ausführungen standen dabei der von den Schülern verwendete Vorgehensplan und die von den Schülern erstellte Dokumentation der Arbeitsschritte von der Problemstellung zur Problemlösung.

Trotz einer regen und umfassenden Diskussion über die Schwierigkeiten bei der Planung sowie der Realisierung der vorgestellten Konzeption, überwog bei den Teilnehmern am Ende des ersten Tages

noch Skepsis. Es bestand noch eine große Unsicherheit darüber, wie aufgrund der gegebenen Voraussetzungen bei Lehrern, Schülern und nicht zuletzt an der Schule, derart konzipierte Unterrichtsbeispiele überhaupt umgesetzt werden sollen. Auch der obligate Biergartenbesuch am Abend vermochte die vorhandenen Zweifel (noch) nicht zu zerstreuen.

Zielsetzung des zweiten Seminartages war es, das vorgestellte Unterrichtskonzept anhand eines konkreten Beispiels soweit zu vereinfachen, dass es auch in einer „normalen“ Berufsschulklasse durchführbar ist. Dabei zeigte Peter Fischer, Lehrer an der Berufsschule I in Kempten, wie an den Ausbildungsstand einer Industriemechanikerklasse der 11. Jahrgangsstufe angeknüpft werden kann um einen projekt- und handlungsorientierten Unterricht zu gestalten, der neben der Vermittlung fachlicher Qualifikationen auch auf die Anbahnung methodischer und sozialer Kompetenzen ausgerichtet ist. Die Schüler hatten dabei die Aufgabe, eine Übertragungseinheit (Kupplung) zwischen einem Motor und einer Pumpe zu entwickeln (siehe Abbildung). Die Anwendung einer methodischen Vorgehensweise stand dabei ebenso im Mittelpunkt wie die praxisorientierte Realisierung der Kupplung. Da in vielen Vorträgen über projektorientiertes und damit schüleraktives Arbeiten leider

nur über die Anwendung „aktiverer“ Methoden geredet wird, aber selten konkrete Beispiele dazu angewandt werden, versuchte Fischer anhand einer interaktiven Präsentation das Unterrichtsbeispiel so aufzubereiten, dass sich die Seminar Teilnehmer die Inhalte selbstständig aneignen konnten. Die Teilnehmer konnten auf diesem Weg das Unterrichtskonzept, einschließlich der angewandten Methoden und die von den Schülern erstellten Unterlagen, spielerisch und in ihrem eigenen Lerntempo durchlaufen, was als sehr motivierend empfunden wurde.

Vor dem Hintergrund der bisher vorgestellten Unterrichtsbeispiele und unter Zuhilfenahme vorbereiteter Unterlagen, sollten die Teilnehmer in einer Phase der Selbsterarbeitung die vorgestellte Konzeption in ein Beispiel für den eigenen Unterricht übertragen. Dazu wurden die Seminar Teilnehmer in Gruppen zu maximal fünf Personen mit gemeinsamen Themenschwerpunkten zusammengefasst. Trotz tropischer Temperaturen arbeiteten die Teams sehr engagiert, kreativ und äußerst produktiv. Die so entstandenen sechs Unterrichtskonzepte waren allesamt gut dokumentiert. Im Plenum wurden die erarbeiteten Beispiele überzeugend präsentiert und es herrschte Einigkeit darüber, dass die Arbeitsergebnisse tatsächlich im Unterricht umgesetzt werden können, selbst bei Klassen, deren Schüler weniger leistungsfähig sind.

Für die Referenten war spätestens in dieser Phase der Veranstaltung deutlich geworden, dass von der am Ende des ersten Tages vorhanden Skepsis nichts mehr zu spüren war. Ob die vorgestellten Unterrichtsentwürfe bei dieser oder jener Klasse mehr oder weniger gut möglich sind, war beim Abschlussgespräch der in einem vorbildlichen Klima verlaufenen Fortbildungsveranstaltung kein Thema mehr. Vielmehr wurden dahingehend Wünsche geäußert, dass sich die Teilnehmer sehr gerne wieder im kommenden Schuljahr zu einer Fortsetzungsveranstaltung treffen mögen.

Studienkreis Schule - Wirtschaft Bayern:

Erfolgreiche Lernortkooperation



ELLEN JILG

Der Studienkreis Schule – Wirtschaft mit seinen zahlreichen regionalen Arbeitskreisen in Bayern gilt als das gelungene Beispiel für eine lebendige und produktive Kooperation zwischen Schule und Wirtschaft. Die Jahrestagung des Studienkreises in Kulmbach mit ca. 240 Teilnehmern aus Schule, Wirtschaft, Ministerien und Politik bot die Gelegenheit, auf das bisher Erreichte zurückzublicken. Sie stand unter dem Motto „Professionalität in Wirtschaft und Schule“.

Der Studienkreis Schule - Wirtschaft Bayern ist der Dachverband von rund 100 regionalen Arbeitskreisen. Er bildet die Plattform, auf der Themen aus Wirtschaft, Schule und Gesellschaft aufgegriffen und diskutiert werden. In den Arbeitskreisen engagieren sich Lehrkräfte aller Schularten sowie Führungskräfte verschiedenster Wirtschaftszweige mit dem gemeinsamen Ziel, in vielfältigen Veranstaltungsformen ein flächendeckendes Netz zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem zu schaffen.

Geschäftsführer Michael Mötter berichtete über die Tätigkeitsbereiche des Studienkreises und seiner regionalen Arbeitskreise. Das Spektrum reichte dabei von der Organisation von Ausbildungsmessen bis zur Planung und Durchführung von Betriebspraktika für Lehrkräfte. Der einzigartige Erfolg der Arbeit des Studienkreises sei besonders auf

seine Glaubwürdigkeit, Freiwilligkeit, Kompetenz und das über Jahre hinweg aufgebaute und gepflegte Netzwerk zurückzuführen. Große Beachtung durch die Tagungsteilnehmer fanden auch die zahlreichen Aussteller im Foyer. Hier zeigte z. B. der örtliche Arbeitskreis Schule – Wirtschaft Kulmbach die Ergebnisse eines Wettbewerbs zum Tagungsthema.

Eine Einführung in das Thema der Jahrestagung gab der scheidende Vorsitzende (Schule) des Studienkreises, Prof. Ludwig Häring. Die Professionalität in der Wirtschaft lässt sich nach seinen Worten leicht an der Kundenzufriedenheit messen, die Qualitätsmerkmale für die Schule müsse man danach beurteilen, wie qualifiziert der Schüler die Schule verlasse.

Wie schon in der Vergangenheit konnten wieder hervorragende Referenten gewonnen werden, die in interessanten Vorträgen auf die Qualitätsmerkmale in Schule und Wirtschaft eingingen.

Während Klaus Kobjoll aus der Sicht eines erfolgreichen Unternehmers zum Thema „Die kontinuierliche Verbesserung der Kundenzu-



Der neue Vorsitzende (Schule) Thomas Sachsenröder bei seiner Antrittsrede

friedenheit“ sprach, war für Wolfgang Endres „Die Professionalisierung des Lehrens“ das Thema seines Vortrags. Beide Referenten legten so die Grundlage für die Erarbeitung des Kongressthemas in vier parallel laufenden Workshops. Hier konnten in Kleingruppenarbeit zudem fruchtbare Gespräche und Diskussionen zwischen Vertretern von Schule und Wirtschaft geführt werden. Abschluss des ersten Kongresstages war ein gemeinsames Abendessen auf der Plassenburg.

Mittelpunkt des zweiten Kongresstages war der Vortrag von Prof. Rolf Dubs über „Die Bedeutung von Führung im Organisationsentwicklungsprozess in Schule und Wirtschaft“.

Besondere Merkmale einer guten Schule sind nach seiner Meinung u.a. eine eigene Schulkultur, gute Kommunikation unter Lehrkräften, Leistungsorientierung, Selbstentwicklung und Selbstevaluation. Dubs forderte als unerlässliche Voraussetzung für Schulentwicklung größere Gestaltungsspielräume und mehr Autonomie für die Schulen. Behörden bzw. Ministerien müssten sich auf eine strategische Führung beschränken (dezentrale Schulführung). Hierbei sind nach seiner Erfahrung jedoch noch erhebliche Widerstände zu überwinden. Diese Einschätzung wurde durch zahlreiche Wortmeldungen hierzu in der anschließenden Diskussion bestätigt.

Die Jahrestagung des Studienkreises wurde mit einer herzlichen Verabschiedung des Vorsitzenden (Schule) Prof. Ludwig Häring und der offiziellen Amtsübergabe an Thomas Sachsenröder abgeschlossen. Wie sein Vorgänger ist er nun in „Personalunion“ Leiter der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung in Dillingen und Studienkreisvorsitzender.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass der Studienkreis Schule – Wirtschaft auch für das berufliche Schulwesen einen Fundus an Kontakten zu Unternehmen, Vertretern der Politik, aber auch Lehrkräften anderer Schularten bietet, der viel stärker genutzt werden sollte. ▼

Computereinsatz im Mathematikunterricht an der FOS/BOS:

Eine erste Trendanalyse



STEFAN UHL

„In wenigen Jahren wird der Tonfilm das Lehrbuch weitgehend, wenn auch nicht vollständig abgelöst haben“, davon war der Erfinder Thomas Alva Edison 1922 bei der Vorstellung des ersten Tonfilmes überzeugt.

Weit gefehlt, auch 80 Jahre später wird das Wissen an den Schulen immer noch durch Bücher vermittelt. Aber, wie lange noch? Bei jährlich 3 Millionen in der Bundesrepublik verkauften PC steht die Ablösung für das Schulbuch in den deutschen Kinderzimmern bereit. Lehrer und Schulen werden auf die neue Herausforderung reagieren müssen.

Fragestellung

Man liest immer wieder von Schulen in Bayern oder im Bundesgebiet an denen der Computer im Unterricht eingesetzt wird. Ist das die Regel oder eher die Ausnahme? Welchen Stellenwert nimmt der Computer heute im Mathematikunterricht in Bayern ein?

Als Berufsschullehrer interessierten mich dabei vor allem die Fachober- bzw. Berufsoberschulen.

Die nachfolgenden Ausführungen sind das Ergebnis einer ersten Trendanalyse.

Folgende Fragen wollte ich klären:

- Einsatzhäufigkeit des Computers im Mathematikunterricht und wovon diese beeinflusst wird;
- Gründe gegen den Einsatz: Zeit-

- druck, Lehrplan, PC Erfahrung;
- Auswirkungen auf den Unterricht, Vorteile für den Unterricht;
- Gefahren des Computers;
- Positive und negative Erfahrungen;
- Information und Weiterbildung zum Thema.

Um möglichst alle Mathematiklehrer an der FOS und BOS zu erreichen, entschied ich mich für eine Fragebogenaktion. Der Fragebogen gliederte sich in einen allgemeinen Teil und zwei Fragegruppen A und B. Der allgemeine Teil stellte Fragen zur Person des Lehrers (Alter, Geschlecht usw.) und zur Computerausstattung der Schule. Am Ende dieses Teils, der von jedem Befragten zu beantworten war, stand eine Auswahlantwort. Hier entschied sich, welche der beiden Fragegruppen weiter zu bearbeiten war.

Fragegruppe A ist für Lehrer, die den Computer „nie“ bzw. „eher selten“ und Fragegruppe B für Lehrer, die den Computer „manchmal“, „häufig“ bzw. „sehr häufig“ im Mathematikunterricht einsetzen.

Der Fragebogen sollte mit seinem strukturierten Aufbau wissenschaftlich verwertbare und vor allem statistische vergleichbare Daten liefern. Dies habe ich mit bewerteten Auswahlantworten erreicht. Die Lehrer konnten sich zwischen den Antworten 1 = „trifft voll und ganz zu“ bis 5 = „trifft gar nicht zu“ entscheiden. Auswahlantworten alleine können aber die Meinung und Stimmung des Befragten nicht direkt wiedergeben. Deshalb wurde den Lehrern auch Platz für Kommentare und Statements eingeräumt.

Wo steht Bayern?

Nach meinen Informationen unterrichteten im Schuljahr 1998/99 ca. 350 Mathematiklehrer an den bayerischen Fachober- und Berufsoberschulen. Bis August 1999 wurden 123 vollständig ausgefüllte Ex-

emplare zurückgesandt. Damit hatten ca. 35% aller Mathematiklehrer an der Umfrage teilgenommen. Das erlaubt eine statistische Auswertung der Daten.

Insgesamt ergab sich folgende Verteilung. Von den 123 befragten Lehrern setzen 21% „häufig“ bzw. „sehr häufig“ und 79% „nie“ bzw. „eher selten“ den Computer im Mathematikunterricht ein. Von der zweiten Gruppe bereiten aber 60,2% bereits heute Teile ihres Mathematikunterrichtes mit dem Computer vor.

Der Einsatz des Computers im Mathematikunterricht wird von sehr vielen Faktoren beeinflusst.

Einsatzhäufigkeit in Bezug auf die Computerausstattung der Schule

Von allen befragten Lehrern sind mit der Technik der Rechner und der Ergonomie der Computerräume ihrer Schule 48,8% zufrieden und 47,2% unzufrieden. Den unzufriedenen Lehrern fehlen unter anderem mehr mobile Rechner (20,2%), mehr Projektionsmöglichkeiten (Videobeamer, overhead display) für die Computerbildschirme (18,5%), ein Rechner in jedem Klassenzimmer (8,9%) und eine modernere Ausstattung mit neuer Prozesstechnik (7,3%).

Der Vergleich der Zahlen zeigt ganz deutlich, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen der Einsatzhäufigkeit und der Computerausstattung gibt. Zufriedene Lehrer integrieren den Computer häufiger im Unterricht. Interessant, auch mit dem Hintergrund, dass knapp 50% der Befragten mit der Computerausstattung nicht zufrieden sind. Mit der qualitativen Verbesserung der Computerausstattung einzelner Schulen kann somit Einfluss auf den Einsatz im Unterricht genommen werden. Kurz- bis mittelfristige Investitionen sind unerlässlich.

Einsatzhäufigkeit in Bezug auf das Alter des Lehrers

Als überraschendstes Detail dieser Untersuchung ist die Beziehung

von Einsatzhäufigkeit und Alter. Gerade ältere Lehrer (26,9% der über 55-Jährigen) setzten im Vergleich mit den anderen Altersgruppen den Computer überdurchschnittlich oft im Mathematikunterricht ein. Bei den über 55-Jährigen ergibt sich damit ein Verhältnis von Nichteinsatz zu Einsatz von ca. 3,6 : 1. Im Vergleich dazu beträgt das Verhältnis bei den 35 - 55-Jährigen 11 : 1. Das überrascht im ersten Augenblick, da man der Meinung sein könnte, ältere Lehrer stehen Neuerungen in der Unterrichtsgestaltung eher reserviert gegenüber. Aber, es gibt keinen Konflikt zwischen Alter und Technik. Ältere Lehrer sind einfach routinierter in der Unterrichtsgestaltung und haben dadurch die Zeit sich neuen Herausforderungen zu stellen. Um den Computereinsatz unabhängiger vom Alter zu machen, muss bereits bei der Lehrerausbildung an den Universitäten der Rechner integriert werden.

Gründe gegen den Einsatz

Der Gang zum PC-Raum, die Suche nach einem freien mobilen Computer und die große Menge des zu vermittelnden Stoffes – dieser Zeitdruck verhindert, dass 91,6% der Lehrer überhaupt nicht auf den Computer im Unterricht zurückgreifen.

Steigendes Desinteresse an naturwissenschaftlichen Fächern und den sinkenden Studentenzahlen bei den Ingenieurwissenschaften, machen es notwendig die Neugierde bei den Schülern für das Fach Mathematik über die Motivation Computer zu wecken.

Nur Kenntnisse der Software allein ermöglichen es nicht den Computer im Unterricht sofort einzusetzen. Die Arbeitsblätter und die Unterrichtsvorbereitung, müssen überarbeitet und an die neuen Anforderungen angepasst werden. Fehlende ausgearbeitete und leicht verfügbare Unterrichtsbeispiele hält 71,1% der Lehrer von einem Einsatz ab. Auch der Lehrplan hindert 63,4% der Lehrer daran den Computer im Unterricht zu nutzen. Dieser gibt keine klar definierten Leitlinien, wie

die geforderten Lernziele umgesetzt werden sollen, sondern nur den Hinweis „Hierbei eignet sich der Einsatz von Computerprogrammen“, ohne weitere Hilfestellungen.

Deutlich macht dies auch ein Zitat eines Lehrers: „Es fehlt ein klares schlüssiges Konzept (nicht nur für die FOS/BOS), welche Ziele mit dem Computer im Mathematikunterricht erreicht werden sollen und was der Mathematikunterricht heute überhaupt leisten soll.“

Die Unzulänglichkeit der Computersysteme und die Tücken der Software hält 65,5% der Lehrer von einem Computereinsatz im Unterricht ab.

Auswirkung auf den Unterricht Vorteile für den Unterricht

Der Computereinsatz im Mathematikunterricht ermöglicht dem Lehrer neue methodische Möglichkeiten bei der Erarbeitung und Vertiefung des Stoffes, didaktische Möglichkeiten (Förderung der Gruppenarbeit) und die Definition neuer kognitiver und affektiver Ziele (Umgang mit neuen Medien).

Für 92,3% der befragten Lehrer ist der größte Vorteil des Computers im Unterricht die bessere Veranschaulichung beim Einüben bzw. Vertiefen des Stoffes.

Die Visualisierung der Lerninhalte wirkt motivierend auf die Schüler und der experimentelle Zugang liegt der Vorstellungs- und Erfahrungswelt der Schüler meist näher als die zum Teil abstrakten und deduktiven Beweise. Dadurch verliert die Mathematik auch an Schrecken und Distanz.

Durch den Computer wird auch moderne Technologie im Unterricht eingesetzt. Darin sehen 76,7% einen Vorteil. Die Möglichkeit in relativ kurzer Zeit eine sehr große Datenmenge und auch „krumme“ Werte bearbeiten zu können, erlaubt auch Probleme des Alltages fächerübergreifend (84,6% sehen darin einen Vorteil) zu behandeln. Mit einem fächerübergreifenden Wissenstransfer (Statistik, Wachstumskurven) kann die Mathematik den Schülern als komplexe Natur-

wissenschaft vorgestellt werden.

Gefahren

Durch den Computereinsatz ändert sich auch die grundlegende Konzeption der Aufgaben. Es wird mehr Transferleistung erwartet, da einfache Berechnungen an den Computer übergeben werden können. Das bedeutet für schwächere Schüler einen Nachteil. Sie sind oft in der Lage, durch Routineaufgaben in Leistungsprüfungen (Schulaufgaben und Extemporalen) ihr Notenniveau im Mittelfeld zu halten. Diese Aufgaben fallen aber beim Computereinsatz weg. Neben dem Umgang mit neuen Aufgabentypen müssen sie auch noch die im Unterricht eingesetzte Software erlernen. Einige Schüler werden bei dieser Doppelbelastung auf ihre Grenzen stoßen. Bei einer steigenden Zahl von computerunterstützten Mathematikstunden, wird es notwendig, schwächere Schüler gezielt zu fördern.

Erfassung von Erfahrungen

Die befragten Lehrer hatten die Möglichkeit auf dem Fragebogen ihre Erfahrungen, die sie mit dem Computer im Mathematikunterricht gemacht haben, kurz zu erläutern.

Positive Erfahrungen:

- Selbstständiges Arbeiten der Schüler wird gestärkt.
- Ein experimenteller Umgang mit der Mathematik ist möglich.
- Das Interesse der Schüler an dem Fach Mathematik wird gestärkt.
- Schnelle Veranschaulichung von Sachverhalten z. B. an Graphen.

Negative Erfahrungen:

- Computer erzeugen Polarisierung.
- Die Schüler können das, was sie sehen oft nicht mathematisch umsetzen.
- Erarbeitung des Lernstoffes in Einzel- und Gruppenunterricht wäre wünschenswert. Das scheidet aber daran, dass die Zeit für

die Einführung und Bedienung der Programme nicht zur Verfügung steht (Einzelarbeit zu Hause, Gruppenarbeit nur in wenigen Stunden im Computerraum). Die bayerischen Lehrpläne für Mathematik 12. Klasse FOS und BOS verhindern wegen zu knapp bemessener Zeit einen umfangreichen Einsatz.

- Schwächere Schüler fühlen sich überfordert oder glauben zu kurz zu kommen, wenn sie diese zusätzlichen Beispiele nicht verstehen. Diejenigen, die den PC bedienen sind hochmotiviert, die anderen gleiten sofort in Privatgespräche ab.

Informationsbeschaffung und Weiterbildung

Um eine Strategie zu entwickeln, den Computereinsatz im Unterricht zu verstärken, ist es wichtig zu erfahren, wie zukünftig Information und Weiterbildung zu Software und Unterrichtshilfen (ausgearbeitet Unterrichtsbeispiele) angeboten werden sollen. 78,1% der befragten Lehrer wünschen sich, bei Fortbildungsveranstaltungen über die neuesten Entwicklungen informiert zu werden. Vorführungen durch Fachkollegen aus Schule oder Universität stehen mit 67,5% an zweiter Stelle der Wunschliste. Wobei auch „Schüler oder ehemalige Schüler“, so ein Lehrer, „die für die Tätigkeit angemessen entlohnt werden, die Handhabung des Computers den Lehrern erläutern sollen.“ Nur knapp 40% der Lehrer wollen über

Fach- oder Verbandszeitschriften informiert werden.

Heute ist es wichtig, dass die einzelnen Lehrer, die den Computer im Unterricht einsetzen eine Möglichkeit haben ihre Erfahrungen weiterzugeben. Fertige Unterrichtsse-

quenzen und Erfahrungen mit verschiedenen Softwares können via Internet zwischen den Schulen ausgetauscht werden.

Diese neue Unterrichtsmedium lebt und überlebt nur mit Wissensaustausch.

Wo bleiben die Lehrer?

Quo vadis ELITE?

Neue Fachleute braucht die Industrie und die Lehrer sollen gefälligst dafür sorgen, dass sie auch zu Verfügung stehen. Und was tun sie dafür? Nichts, so die Meinung der Redakteure.

Keine Innovation im Klassenzimmer, veralteter Unterricht,

Computer an Schulen – Fehlanzeige. Klar, dass da der IT-Nachwuchs ausbleibt. Bei den Schülern muss nur wieder das Interesse an der Technik geweckt. Ganz einfach.

Also, jeder Lehrer bekommt einen Computer ins Klassenzimmer und das Problem ist gelöst.

Und jetzt? Jetzt fangen sie erst an – die Probleme – für die Lehrer. Wer erklärt ihnen die Software? Wer macht sie auf die Gefahren aufmerksam? Wer hilft ihnen bei Problemen mit der Hardware? Wer gibt ihnen Tipps für die Unterrichtsgestaltung? usw. Diese Fragen beantworten die Zeitungen nicht.

Ein Blick in den Lehrplan hilft auch nicht weiter. Unter „Hinweise zum Unterricht“ gibt es nur fakultative Tipps, wann der Computereinsatz

sinnvoll ist, aber nicht wie er eingesetzt werden kann und welche Software zu empfehlen ist.

Für die Computernutzung an den Schulen, sei es Internet oder Lernsoftware, muss zuerst ein verbesserter pädagogischer Rahmen zugrunde gelegt werden. Der Computer im Unterricht setzt auf Kooperation, benotet werden aber dann wieder Einzelleistungen. Die Technologieorientierung fordert problemlösendes Lernen und selbständige Wissenskonstruktion. Auch das kann, im klassischen Sinne, heute nicht bewertet werden.

Ziel für die Zukunft muss sein, curriculare Defizite im Lehrplan zu beseitigen, wobei ein Paradigmawechsel hinsichtlich Ziel und Inhalt nicht notwendig ist. Es fehlen Richtlinien und Hilfestellungen, an denen sich die LehrerInnen orientieren können.

Es ist notwendig diese zu schaffen, dann erst kann der Computer auch sinnvoll im Unterricht eingesetzt werden.

Sind die Lehrer bis dahin wirklich untätig? *Stefan Uhl*

JEMEN : Nord und Süd, 25.12.2001 – 05.01.2002 Sana'a, Shibam, Marib, Seyun, Mukalla, Aden, Taiz, Hodeida Yemenia ab FRA, Ü/HP, Preis ab 3398,-- DM VLB	BARCELONA : 09.02.2002 – 12.02.2002 Barcelona Stadtführung, Girona, Figueras, Montserrat Iberia ab MUC, Ü/F, Preis ab 519,-- € VLB
MAROKKO "Königsstädte" 29.12.2001 – 05.01.2002 Casablanca, Marrakech, Fes, Meknes, Rabat Sabena ab MUC/FRA, HP, Preis ab 1898,-- DM VLB	ATHEN "Klassik & Moderne" 08.02.2002 – 12.02.2002 Athen Stadtführung, Kap Souniou, Piräus, Ägina Olympic Air ab MUC/FRA, Ü/F, Preis ab 519,-- € VLB
EMIRATE : 26.12.2001 – 02.12.2002 Dubai, Shaja, Ajman, Hatta, Abu Dhabi, Al Ain Qatar Airlines ab MUC, HP Preis ab 2898,-- DM VLB	DUBAI : 15. – 21.11. & 22. – 28.11. & 27.11. – 3.12.2001 Dubai, Al Ain, Ajman, Abu Dhabi, Hayjah Gebirge Emirates ab MUC/FRA, Ü/F Preis ab 1598,-- DM VLB
Rd. Naturfreunde, Rieger, Wittelsbacherstr. 31, 85051 Ingolstadt, Tel.: (0841) 7 11 44, FAX: 7 76 86, info@naturfreunde-reisen.de	
Weihnachten 2001/02: Jemen – Insel Sokotra 12 Tage ab 3398,-- DM, evt. Nepal 10 Tage, Fasching 2002: Istanbul, Nepal/Pompeji Ostern 02: Usbekistan 11 Tage, Nepal 12 Tage, Iran 12 Tage, Libyen 13 Tage, Jemen 12 Tage. Pfingsten 02: Sizilien 8 Tage, Sardinien 8 Tage, Seychellen und Mauritius 13 Tage, Iran Sommer 02: Peru 14 Tg, Birma/Kambodscha, Ladakh, Namibia/Kapstadt, Liparische Inseln	

Reformpädagogisches Forum und TU München:

Ideen- und Materialbörse ein voller Erfolg



ALEXIA LAUER/JOHANN ALTMANN

Nicht ohne Risiko war die Entscheidung des Reformpädagogischen Forums eine Ideen- und Materialbörse für schüleraktiven Unterricht durchzuführen. Das Reformpädagogische Forum versteht sich als offene Plattform engagierter Kolleginnen und Kollegen mit dem Ziel, die Erkenntnisse der Reformpädagogen – z. B. Petersen, Gaudig, Montessori, Freinet – in die Unterrichtsstrukturen der Gegenwart zu integrieren und im Kontext der beruflichen Bildung weiterzuentwickeln.

Bei dem jährlichen Zusammentreffen keimte im April diesen Jahres der Wille auf, die zahlreichen selbstproduzierten, schüleraktivierenden Unterrichtsmaterialien einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Interessiert dies überhaupt jemanden? Finden sich genügend Aussteller? Lässt sich dies mit vertretbarem Aufwand organisieren? Eine gewisse Unsicherheit barg dieses Unternehmen, wurde aber von den Veranstaltern in Kauf genommen.

Und so fanden sich am 13. Juli 2001 in den Räumen des Lehrstuhls für Pädagogik der TU München überaus interessierte Referendare, Studierende, Lehrer und Wissenschaftler zu einer Ideen- und Materialbörse zusammen. Durch tatkräftiges Zupacken von Kollegen kaufmännischer, gewerblich-technischer Berufsschulen, Sonderberufsschulen, Studierenden und Referendaren verschiedenster Fachrichtungen entstanden 12 Messestände, an welchen

vom Lernspiel, über Lern- und Übungszirkel bis hin zur Computerpräsentation viele selbsterstellte Materialien zu entdecken und auszuprobieren waren.

Prof. Schelten begrüßte die etwa 70 Interessierten am Freitagnachmittag und unterstrich damit den untrennbaren und notwendigen Zusammenhang zwischen Erziehungswissenschaft und Unterrichtspraxis.

Parallel zur Materialbörse mit vielen intensiven Gesprächen fanden weitere Veranstaltungen in Form von Vorträgen und Workshops statt.

Referenten gaben ihre Erfahrungen von der Basis an die Basis weiter. So nahmen viele Teilnehmer die Gelegenheit wahr sich über das Menschenbild in der Reformpädagogik zu informieren und Ideen für kreativen, ganzheitlichen Unterricht selbst zu erleben. Ebenso war es möglich handlungsorientiertes Lernen in der Rolle des Schülers zu erfahren oder Handlungsorientierung, Lernfelder im Unterricht und schüleraktive Unterrichtsmethoden anhand konkreter Umsetzungsmodelle kennen zu lernen

Den optimalen Abschluss eines sehr informativen Nachmittags bildete das jährlich von der Fachschaft LB organisierte „Back to the Roots“. Dieses thematisch gut passende, als Chance zum Informationsaustausch gedachte Fest für ehemalige „Lothstraßler“ und solche die es werden, war ein gelungener Ausklang eines erfolgreichen Tages. An dieser Stelle sei der Fachschaft ein besonderer Dank ausgesprochen für die sponta-

ne und unkomplizierte Versorgung der Aussteller und Besucher mit kleinen Gaumenfreuden und Durstlöschern. Die Mitglieder des Reformpädagogischen Forums resümierten an diesem Tag, dass es sehr wohl Interesse an schüleraktivierendem Unterrichtsmaterial gibt, dass sich genug Aussteller finden lassen und dass sich dank unbürokratischer Hilfe und vielseitiger Unterstützung eine solche Materialbörse auch organisieren lässt.

Am 12. Juli 2002 – stets der zweite Freitag im Juli! – veranstaltet das Reformpädagogische Forum in Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für Pädagogik der TU München die zweite Ideen- und Materialbörse. Selbstverständlich lädt die Fachschaft LB am Abend desselben Tages wieder zum „Back to the Roots“-Fest ein. Dies alles mit der Überzeugung genauso gute Erfahrungen zu gewinnen wie in diesem Jahr.

Nähere Informationen unter:

<http://www.berufsschulen.de/html/reformer/> oder bei johann.altmann@t-online.de und alexia@the-lauers.com



Die Berufsfachschule für Kinderpflege des Caritasverbandes München sucht für das Schuljahr 2001/02 in Teilzeit

Lehrkräfte des Höheren Dienstes

für verschiedene Pflichtfächer.

Wir wünschen uns verantwortungsbewusste und engagierte Kolleginnen/Kollegen.

Die Vergütung richtet sich nach BAT.

Bewerbungen erbitten wir an:
Berufsfachschule für Kinderpflege
des Caritasverbandes
Landwehrstr. 66, 80336 München
Tel. 089/54 47 92 92,
Fax: 089/54 47 92 95

VLB-Portal führend:

Großes Besucherinteresse an VLB-Online

JOHANNES MÜNCH

Nach nunmehr acht Jahren Präsenz im Internet greift das inhaltlich orientierte Konzept von www.vlb-bayern.de mit Besucherzahlen zwischen 15 000 und 20 000 Besuchern pro Monat.

Die Verknüpfung von verbandsorientierten Dienstleistung wie Terminkalender, Newsletter und mannigfaltigen Informationsverzeichnissen für Mitglieder und Interessierte mit einer sukzessiven Sammlung vorrangig bildungspolitischer Artikel aus der Verbandszeitschrift VLB-Akzente stellt dabei nicht nur das Rückgrat, sondern auch den Erfolgsfaktor dar.

BSCW-Datenbank

Die bisherige Achillesferse „virtuelle Verbandsarbeit und Kommunikation“ wird seit September 2001 mit einer geschlossenen Benutzergruppe auf der BSCW-Datenbank der Frauenhofer-Gesellschaft geschlossen. Dieses langfristig erprobte Internet-Werkzeug bietet für jeden Benutzer von jedem PC im Internet aus Möglichkeiten zur Verwaltung eigener elektronischer Informationen (Internet-Seiten, beliebige Dateien), Adressverwaltung, Diskussion, Materialsammlung, elektronischen Zusammenarbeit bis hin zu Videokonferenzen. Zu diesen persönlichen Sammlungen können beliebige Gäste eingeladen werden, die dann passwortgeschützt auf diese Angebote zugreifen. Diese Technik wird sich der VLB zur Verbesserung der verbandsinternen Kommunikation zwischen Gliederungen und Mitgliedern zu nutzen machen. Die Anmeldung für interessierte KollegenInnen kann auf der Website des VLB erfolgen.

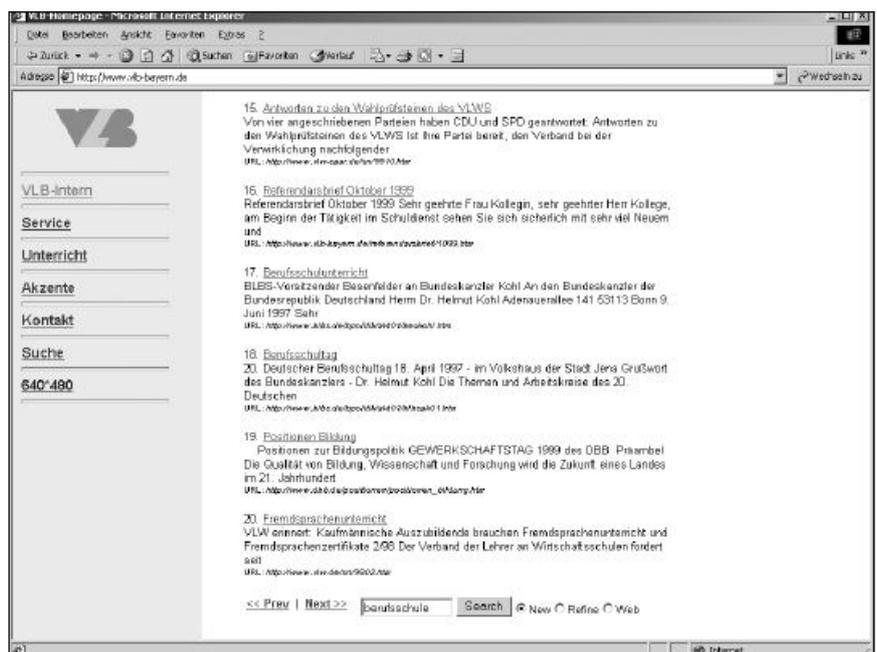
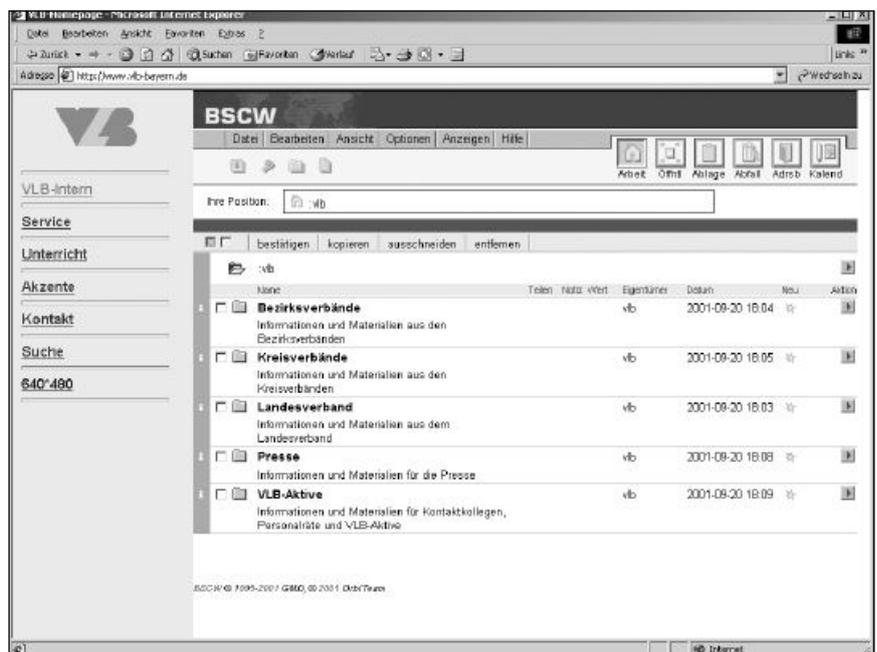
Das BSCW-Portal für geschlossene Benutzergruppen im VLB

Bildungssuchmaschine

Um die Suche von bildungs- und standespolitischen Informationen übergreifend zu vereinfachen, wurde von VLB-online ein Metasuchdienst eingerichtet, mit dem ab Oktober 2001 alle Internet-Angebote der führenden Lehrer- und Berufsverbände wie BLBS, VLW oder DBB im Volltext recherchiert

werden können. Dabei werden nicht nur Internet-Seiten durchsucht, sondern auch Dokumente in verschiedensten Dateiformaten. Auf diese Weise wird erreicht, dass die Trefferquote im Gegensatz zu allgemeinen Suchmaschinen wesentlich erhöht werden konnte.

Die Sucheingabe erfolgt auf der Hauptseite von VLB-Online.



Bayerische Berufsschulen beteiligen sich überproportional:

InfoSCHUL-Start in Bayern erfolgreich

JOHANNES MÜNCH

Der Startschuss zur fünften Runde von InfoSCHUL an bayerischen beruflichen Schulen und Gymnasien vom 17. – 20.09.2001 in Riedenkreuth in der Oberpfalz vom fachlichen Projektkoordinator Hartmut Koch, Scientific Consulting Köln gegeben. Dieses bereits in VLB-Akzente vorgestellte Förderprogramm des BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) für Schulen der Sekundarstufe II hat die Einführung und Ausweitung der Nutzung elektronischer und multimedialer Informationsquellen im Unterricht um Ziel und unterstützt beteiligte Schulen mit jeweils 20 000,00 DM. Bemerkenswert ist

insbesondere in diesem Jahr, dass erstmals Schulen aus allen Bundesländern beteiligt sind.

Bei den beiden bayerischen Eröffnungstagungen stellte der Bereich der beruflichen Schulen rund die Hälfte der teilnehmenden ProjektleiterInnen. Dieser im Vergleich zu anderen Bundesländern überproportional hohe Anteil mit rund 50 teilnehmenden beruflichen Schulen, die in fünf Verbänden bayernweit organisiert sind, resultiert nach Aussage Koch's nicht zuletzt aus dem großen Engagement der KollegenInnen und die Unterstützung des VLB und VLB-Akzente.

Einen Überblick über die qualitativ hochwertigen pädagogischen Konzepte und die aus der InfoSCHUL-Arbeit entstandenen erprobten und bewährten Bildungsmedien und Internet-Angebote kann unter www.infoschul.de gewonnen werden. Darüber hinaus können unter dieser Internet-Adresse auch weiterführende Informationen zum Förderprogramm und zur Bewerbung abgerufen werden.

Der VLB wünscht allen InfoSCHULen viel Erfolg und gutes Gelingen bei ihren zukunftsweisenden Projektarbeiten.



Zusammenarbeit mit Cisco in der Lehrerfortbildung

Kultusministerin Monika Hohlmeier und der Geschäftsführer von Cisco Systems Deutschland, Günter Junk, haben einen Kooperationsvertrag zur Qualifizierung von BerufsschullehrerInnen im Bereich Netzwerktechnik unterzeichnet.

Die Kooperation mit Cisco wurde bereits 1999 erstmals in Deutschland von der ALP in Dillingen begonnen. Der Kooperationsvertrag ist die Basis dafür, dass nun die von Cisco ins Leben gerufene „Bildungsinitiative Networking“, an der sich derzeit 27 Berufsschulen beteiligen, flächenwirksam in Bayern angeboten werden kann. „Lehrkräfte, die an Berufsschulen den Nachwuchs für IT-Berufe ausbilden, brauchen Fortbildungsangebote, in denen sie aktuelles Fachwissen fundiert und umfassend erwerben können. Mit Cisco als dem weltweiten Marktführer für Networking-Lösungen für das Internet haben wir hierfür einen kompetenten Partner gefunden“, erklärte Ministerin Hohlmeier.

„Marktforschungen zufolge werden bis 2002 rund 190.000 Netzwerkspezialisten in Deutschland fehlen. Wir sehen es auch als unsere Aufgabe an, junge Menschen für die neuen Anforderungen der Wirtschaft zu qualifizieren“, sagte Günter Junk.

Die Qualifikation wird in einem vier Semester umfassenden Kontaktstudium an der Dillinger Akademie erworben. Mit einer Reihe von praktischen und theoretischen Prüfungen erwerben die teilnehmenden Lehrkräfte die Zertifizierung als CCNA (Cisco Certified Network Associate). Der CCNA ist die Voraussetzung für die Gründung von lokalen „Cisco-Akademien (Cisco Certified Networking Academies)“ an der jeweiligen Berufsschule zur Qualifikation der Schüler. Damit kann auch interessierten Schülerinnen und Schülern eine zusätzliche Qualifikation als CCNA angeboten werden. Um diese anspruchsvolle Weiterbildung zu gewährleisten, absolvieren Dozenten der Akademie ein viersemestriges

englischsprachiges Studium zur Netzwerktechnik, das sie mit theoretischen und praktischen Prüfungen an der University of Central England in Birmingham abschließen.

Der unterzeichnete Vertrag besiegelt eine bereits mehrjährige Zusammenarbeit der Akademie Dillingen mit Cisco. Der Akademie wurde 1999 der Status einer regionalen Cisco-Akademie zuerkannt; seither wurden 27 Schulen und 60 Trainer zertifiziert. Auch nahezu 1500 Schülerinnen und Schüler haben inzwischen an einer Ausbildung teilgenommen.

„Der Freistatt Bayern hat sehr früh die Chancen erkannt, die Public Private Partnerships für Bildung und Ausbildung eröffnen“, betonte Kultusministerin Monika Hohlmeier. „Gerade im IT-Bereich sind zuverlässige Partner aus der Wirtschaft von unschätzbarem Wert.“

Informationen:

Internet: www.schule-und-computer.de/Projekte/Cisco oder www.alp-dillingen.de



Landesverband

Optimismus ist angebracht



HANS KÄFLER

Die Inhaltsverzeichnisse der letzten Ausgaben von „VLB akzente“ bieten jede Menge Material, um einen bunten Themen-Strauss binden zu können. Leider bieten nicht alle diese Blumen – um beim Bild zu bleiben – Erfreuliches. Es sind sogar einige ausgesprochen unangenehme Gewächse darunter wie beispielsweise die Dauerblüher „Anwärterbezüge“, „Anrechnungsstunden für Systembetreuer und stellvertretende Schulleiter“ oder „Lehrerversorgung“. Im Knospenstadium befindliche Pflanzen wie „Schulentwicklung“ oder „Kompetenzzentren“ geben zwar zu Hoffnungen Anlass, doch eine unsachgemäße Pflege dieser recht betreuungsintensiven Arten verheißt gleichzeitig nichts Gutes.

Ich möchte den Vergleich nicht überstrapazieren. Dennoch: so wie viele Pflanzen ohne zusätzliche Düngegaben nicht zur vollen Entfaltung gelangen, so lassen sich auch im Schulwesen ohne zusätzliche Mittel keine nachhaltigen Erfolge erzielen. Dass bei steigenden Schülerzahlen mehr Lehrer eingestellt werden müssen ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, die aktuellen Anstrengungen der Staatsregierungen und insbesondere unserer Kultusministerin auf diesem

Gebiet sollen aber trotzdem nachdrücklich gelobt werden.

Erfolge sind auch bei anderen Themenfeldern zumindest in Sicht: Ein weiterer Studienort für unseren gewerblich-technischen Nachwuchs in Nordbayern scheint festzustehen.

Wie geplant, wird die Ausbildung im Erstfach „Informationstechnik“ zumindest mittelfristig für eine gesunde Basis an Lehrkräften in den einschlägigen Fachklassen sorgen.

Die Vorstellungen des VLB zur Verbesserung der Anwärterbezüge könnte die unerträgliche Situation vieler Referendare sogar kurzfristig verbessern, wenn über das zustimmende Nicken hinaus auch sofort gehandelt würde.

Die Zukunft birgt immer Chancen und Risiken. Da wir an der Gestaltung der beruflichen Schulen in gewissem Maße mitwirken können, halte ich optimistische Zukunftserwartungen für durchaus angebracht. Diese positive Sicht ist hauptsächlich wegen des außerordentlichen Engagements und der bemerkenswerten Leistungsbereitschaft der allermeisten Lehrerinnen und Lehrer an den beruflichen Schulen gerechtfertigt. Die Kollegien haben sich zwar nicht klaglos, aber doch konsequent Aufgabenfeldern wie „Handlungsorientierung“, „Selbstgesteuertes Lernen“, „Lernfelder“, „Lernortkooperation“, „Neue Medien“, „Fremdsprachen“, „neue bzw. neu geordnete Berufe“ und dem Megathema „Schulentwicklung“ gestellt. Dabei haben sich die Arbeitsbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer in den vergangenen Jahren keineswegs verbessert. Im Gegenteil: Die Klassen wurden wegen der ansteigenden Schülerzahlen eher größer und der Forderung nach Ausgleich für die zusätzlichen Aufgaben stand und steht

das „Diktat der leeren Kassen“ entgegen.

Dazu fällt mir noch ein Bild aus der Botanik ein: Pflanzen, die längere Zeit einer Mangelsituation ausgesetzt sind, tragen manchmal besonders viele Früchte, um den Weiterbestand der Art zu gewährleisten, auch wenn sie selbst nicht überleben sollten. Ob die Situation an den beruflichen Schulen angesichts bevorstehender Pensionswellen und Schülerbergen bei gleichzeitigem Nachwuchsmangel einen so drastischen Vergleich rechtfertigt, kann der Leser selbst entscheiden.

Wir Lehrer an beruflichen Schulen brauchen jedenfalls mehr als aufmunternde Worte. Wir brauchen dringend Zeichen der Staatsregierung, die zumindest an einzelnen Brennpunkten zu Erleichterungen führen.

Eine Aufgabe des Verbandes ist es, die eingangs genannten Forderungen „auf dem Tisch“ zu behalten, Standhaftigkeit zu beweisen, aber natürlich auch die Klugheit, zu sehen, was zu Zeiten erreichbar ist.

Wenn die Standespolitik das eine Standbein des Verbandes ist, so heisst das andere Mitgestalten im „Politikfeld Berufsbildung“. Dieses Feld ist heute sehr viel komplexer, als in früheren Zeiten. Dabei reicht es nicht immer aus politische Beschlüsse herbeizuführen. Beim Thema „Kompetenzzentren“ beispielsweise ist es mindestens ebenso wichtig den Umsetzungsprozess mitzudenken, was angesichts der unmittelbaren Möglichkeiten des Verbandes ungeheuer schwierig ist und trotzdem geleistet werden muss, wenn das ganze chancenreiche Vorhaben nicht zum Flop werden soll. Einige ehrenamtliche Funktionsträger alleine werden das nicht schaffen können. Für das Bohren so vieler teilweiser sehr dicker Bretter ist auch Ihre Mitarbeit notwendig. Ausbildungsbetriebe, Schulaufsicht und Politiker müssen vor allem auch „vor Ort“ informiert und so weit wie möglich eingebunden werden. Unsere Themen sind gesellschaftspolitisch zu wichtig, um nicht aller Anstrengungen wert zu sein. 

Berufsbezeichnung gesucht

Die Neunte Verordnung zur Änderung der Lehramtsprüfungsordnung I (LPO I) liegt zur Anhörung vor. Stellungnahmen müssen bis zum 1. Dezember 2001 an das Staatsministerium für Unterricht und Kultus gesandt werden, wozu auch der VLB aufgefordert worden ist.

Im § 10, Abs. 3 heißt es dort:

„Wer die erste Staatsprüfung für ein Lehramt bestanden hat, ist auf Grund des Zeugnisses gemäß Absatz 2 Satz 1 berechtigt, je nach Lehramt folgende staatliche Bezeichnung zu führen:

Lehramt an Grundschulen:

Diplom-Grundschullehrer
(abgekürzt: Dipl.-GSL),

Lehramt an Hauptschulen:

Diplom-Hauptschullehrer
(abgekürzt: Dipl.-HSL),

Lehramt an Realschulen:

Diplom-Realschullehrer
(abgekürzt: Dipl.-RSL),

Lehramt an Gymnasien:

Diplom-Philologe
(abgekürzt: Dipl.-Phil.),

Lehramt an beruflichen Schulen:

Diplomlehrer für berufliche
Schulen (abgekürzt: Dipl.-BSL),

Lehramt an Sonderschulen:

Diplom-Sonderschullehrer
(abgekürzt: Dipl.-SSL).“

In der Begründung dazu heißt es: „In den letzten Jahren sind immer wieder Forderungen an das Staatsministerium für Unterricht und Kultus gerichtet worden, den Personen, die die Erste bzw. die Zweite Staatsprüfung für ein Lehramt erfolgreich abgelegt haben, einen akademischen Grad oder eine staatliche Bezeichnung zu verleihen, der diesen Abschluss zum Tragen bringt.

Diese Forderungen sind nicht unberechtigt, da für Bewerber, die nicht in den Schuldienst übernommen werden, ein Grad oder eine Bezeichnung sicherlich hilfreich für Bewerbungen in der freien Wirtschaft sein dürfte. Während jeder erfolgreiche Absolvent einer Hochschulabschlussprüfung durch seinen Grad, sei es ein Magister- oder Diplomgrad, seine Qualifikation zum Ausdruck bringen kann, besteht diese Möglichkeit für Personen mit erfolgreich abgelegter Erster Staatsprüfung für ein Lehramt nicht. (...)

Auch Personen, die die Erste Staatsprüfung nach Inkrafttreten der LPO I in der ursprünglichen Fassung, aber vor Inkrafttreten der Neunten Verordnung zur Änderung der LPO I bestanden haben, und Personen, die die Erste Staatsprüfung vor Inkrafttreten des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes oder

gemäß der Übergangsregelung nach Art. 25 BayLBG bestanden haben, sind berechtigt, die jeweilige Bezeichnung zu führen.“

Der vorgesehene Titel findet nicht uneingeschränkten Zuspruch. Bislang ist die Diplomierung an einen entsprechenden Studiengang geknüpft. Es stellt sich nun die Frage, ob unser bewährtes Lehramtsstudium grundsätzlich geändert werden soll oder ob eine bloße Namensänderung zu einer Verbesserung des Images genügt.

Vorschläge erwünscht

Wir bitten Sie um entsprechende Mitwirkung in dieser für uns so wichtigen Angelegenheit Stellung nehmen und ggf. einen Vorschlag zu einer treffenden Bezeichnung einreichen. Schicken Sie diesen Ihren Vorschlag per Postkarte, Fax oder Email an die

Geschäftsstelle des VLB

Dachauer Str. 4

80335 München

e-mail: info@vlb-bayern.de

Der oder die besten Vorschläge werden in den zuständigen Gremien des VLB diskutiert und ggf. aufgegriffen. In „VLB akzente“ wird dann über das Procédere berichtet.

*Hermann Sauerwein,
Landesvorsitzender,
Heiko Pohlmann,
Referent für Lehrerbildung*

VLB im Gespräch mit dem Bayerischen Bauernverband

Die Krise in der Landwirtschaft hat natürlich auch Auswirkungen auf die Ausbildung. Um hier vernünftige Strategien zu entwickeln und eventuelle Überreaktionen zu vermeiden, müssen alle betroffenen Verbände zusammenarbeiten. Dies war der Anlass für ein Gespräch zwischen dem Bayerischen Bauernverband – vertreten durch dessen Präsidenten Gerd Sonnleitner, den für

die Bildungspolitik zuständigen Direktor Dr. Wulf Treiber und dem Geschäftsführer des Bildungswerkes des BBV Reinhard Neudorfer – und dem VLB. Für unseren Verband nahm der stellvertretende Landesvorsitzende Hans Käfler und der Leiter der Fachgruppe Agrarwirtschaft Horst Lochner am Gespräch teil, das im Juli in der Geschäftsstelle des BBV in München stattfand.

Ein zentraler Punkt der Besprechung war die Zukunft der landwirtschaftlichen Berufsausbildung. Gerade in viehstarken Regionen wird die Verunsicherung der Landwirte durch BSE, sinkende Einkommen und nicht immer vorhandene Akzeptanz in der Bevölkerung zu sinkenden Schülerzahlen führen. Beide Verbände sind der Auffassung, dass man hier von Seiten der Schul-

verwaltung Überreaktionen vermeiden sollte und vor Standortdiskussionen die Entwicklung über mehrere Jahre beobachten muss. Es ist aber auch beiden Seiten klar, dass nur eine vernünftige Schülerzahl je Klasse einen Schulstandort sichern kann. Deshalb wird der BBV in Zukunft potentielle Interessenten für den Beruf verstärkt ansprechen und zu Informationsveranstaltungen einladen. Ein weiteres starkes Absinken bei den Schülerzahlen würde natürlich auch das Berufsgrundschuljahr – das sich bestens bewährt hat – in Bedrängnis bringen.

Der hohe Anteil an Prüfungsteilnehmern nach § 40/2 BBiG gibt Anlass zur Sorge. Die Bedeutung einer ordentlichen Berufsausbildung wächst aber gerade in Hinblick auf die Vergrößerung der EU. Es gilt aufzupassen, dass die bayerische Landwirtschaft nicht durch scheinbare Erleichterungen bei der Ausbildung nach § 40/2 BBiG und StaBil-Lehrgängen langfristig an Konkurrenzfähigkeit verliert. Wer im Hauptberuf Landwirt werden will, sollte auf keinen Fall bei seiner Ausbildung sparen!

Ein großes Anliegen des VLB ist eine gesicherte Fortbildung der agrarwirtschaftlichen Lehrkräfte. Spezielle fachliche Angebote der staatlichen Lehrerfortbildung in Dillingen für diesen Teilnehmerkreis sind zur Zeit Mangelware. Bereits in den letzten Jahren hat der BBV deshalb über sein Bildungswerk Lehrfahrten und besonders EDV-Seminare für landwirtschaftliche Lehrkräfte angeboten. Wir sind sehr dankbar, dass dieses Angebot und auch die traditionellen Fortbildungstage in Herrsching in den Oster- bzw. Pfingstferien weitergeführt werden.

Ein Großteil der landwirtschaftlichen Auszubildenden wird später ein selbständiger Unternehmer im europäischen Markt. Es wäre wünschenswert, dass noch mehr Jugendliche die Möglichkeiten eines Auslandsaufenthaltes nutzen. Neben der fachlichen Weiterbildung darf dabei der Wert der Persönlichkeitsbildung nicht unterschätzt

werden. Sowohl in den Schulen als auch vom BBV sollte auf die Möglichkeiten zum Auslandsaufenthalt noch vermehrt hingewiesen werden.

Der VLB bedankt sich an dieser Stelle nochmals bei den Beteiligten des Bauernverbandes für das ausgesprochen konstruktive und offene Gespräch. *Horst Lochner*

Bezirks- und Kreisverbände

KV Allgäu

Lehrer informieren sich

Zu einer Informationsveranstaltung lud der Kreisverband Allgäu nicht nur seine Mitglieder sondern alle interessierten Lehrer an berufsbildenden Schulen Anfang Juli nach Kempten an die Staatliche Berufsschule III ein. Ziel der Veranstaltung war es mit den Hauptpersonalräten Ingrid Heckner und Horst Hackel die brennendsten Probleme zu diskutieren.

KV-Vorsitzender Thomas Hottner begrüßte die trotz Prüfungszeit zahlreich erschienenen Lehrer.

In seinem Grußwort stellte der Hausherr, Eugen Dopfer, seine Schule kurz vor und wies darauf hin, dass an der BS III nicht nur für das geistige, sondern auch das leibliche Wohl gesorgt wird. Letzteres fanden die Teilnehmer bestätigt, konnten sie sich doch bei einem vor der Veranstaltung angebotenen selbst hergestellten Imbiss stärken.

Ingrid Heckner als Hauptreferentin gab einen Überblick über die Probleme, die die „Kultusministerin mit vielen Ideen und wenig Geld“ zu bewältigen hat, so z. B. die Lehrerversorgung: Eine Folge der Lehrerknappheit an beruflichen Schulen sind Sondermaßnahmen, wie die Zulassung von Quereinsteigern z. B. Ingenieuren, zu besseren Konditionen. Das wiederum führt zu Ungerechtigkeiten gegenüber den Referendaren, die sehr schlecht bezahlt sind. Schon deshalb sind neue Modelle notwendig, wie z. B. über das Pflicht-Stundenmaß hinausgehenden Unterricht gegen Bezahlung. Bundesweit wurden deshalb Image- und Förderkampagnen

gestartet um Studenten für das Lehramt zu gewinnen.

Ein ebenfalls bundesweites Thema stellen die Kompetenzzentren dar, die von 'Schwaben' als einem der ersten Regierungsbezirke realisiert werden. Hier sagt der VLB ein klares NEIN zum Sparaspekt als Hauptursache für die Bildung solcher Zentren. Dann würden daraus nur noch Rechenspiele und die kleineren Schulen wären die Verlierer. Vom Reißbrett aus aufgedruckte Lösungen könnten nicht funktionieren.

Breiten Raum nahm auch das Thema dienstliche Beurteilung ein. Ingrid Heckner meinte, dass sie als Motivation gelten sollten und die Personalräte gefordert seien, wenn in vier Jahren das System nochmals überprüft und diskutiert werden muss.

Walter Faulhaber als Bezirkspersonalrat gab Auskunft über Fragen der Lehrerstundenabrechnungen und rief die Personalräte auf dabei mitzureden und auf Gleichbewertung zu achten.

Als FOS / BOS -Probleme angesprochen wurden wie z.B. das Prüfungssystem und die Konferenzflut war Horst Hackel gefragt. Auch er konnte die Fragen kompetent beantworten.

Die sich ergebende lebhaftige Diskussion leiteten Thomas Hottner und Astrid Geiger souverän als Co-Moderatoren.

Nachdem Hottner den Dank an Referenten und Diskussionsteilnehmer ausgesprochen hatte, überreichte Carmen Nägele, Ingrid Heckner und Horst Hackel zur Erinnerung kleine Präsenten, die an den Berufsfachschulen für Hauswirtschaft und Kinderpflege in Memmingen gefertigt wurden. *Theresa Urbauer*

Referate und Fachgruppen

FG Berufsfachschulen und Fachschulen

Die neuen Lehrpläne für die einjährige Berufsfachschule für IT-Berufe

Mit Beginn des Schuljahres 2001/02 wurden an ausgewählten Standorten die im Rahmen des Beschäftigungspaktes Bayern beschlossenen einjährigen Berufsfachschulen für IT-Berufe eingerichtet. Der Unterricht an diesen Berufsfachschulen vermittelt grundlegende Kenntnisse und Fertigkeiten, die zum Eintritt in das 2. Ausbildungsjahr in IT-Berufen sowie zum Übertritt in das 2. Schuljahr der Berufsfachschule für Assistenten der Informatik befähigen sollen.

Gleichzeitig traten die neu entwickelten Lehrpläne für diese Berufsfachschule in Kraft, die hinsichtlich ihrer Lernziele und -inhalte näher betrachtet werden sollen.

Der Bereich der IT-Berufe umfasst insgesamt fünf einzelne Ausbildungsberufe, vom IT-Systemelektroniker über die Fachinformatiker bis hin zu den Informatik- und IT-Systemkaufleuten. 50 Prozent der Ausbildungsinhalte sind nach dem Ausbildungsrahmenplan in allen Berufen gleich; die restlichen 50 Prozent sind berufsspezifisch unterschiedlich.

Aufgrund dieses Sachverhaltes erscheint es relativ einfach, Lehrpläne für eine einjährige Berufsfachschule für IT-Berufe zu entwickeln: Man nehme den Komplex der gemeinsamen Fertigkeiten und Kenntnisse im Umfang von insgesamt 18 Monaten aus dem Ausbildungsrahmenplan, reduziere um ausbildungsbetriebsspezifische Aspekte und schaffe daraus ein methodisch-didaktisches Konzept für ein Vollzeit Schuljahr.

Doch so einfach geht es leider nicht. Gemäß der Verordnung über die Berufsausbildung im Bereich der IT-Berufe sind die gemeinsamen Inhalte über die gesamte

Ausbildungszeit zu verteilen. Dies bedeutet, dass sowohl in der zeitlichen Gliederung des Ausbildungsrahmenplanes als auch im KMK-Rahmenplan für den Berufsschulunterricht bereits berufsspezifische Inhalte im 1. Ausbildungsjahr angesiedelt sind und gemeinsame Inhalte auf das 2. und 3. Jahr verlagert werden.

Nachdem die Absolventen der einjährigen Berufsfachschule in das 2. Jahr einer dualen Ausbildung in irgendeinen der fünf Berufe eintreten können, bietet sich als Lösung an, in einem 1. Schritt sowohl die gemeinsamen Inhalte als auch die spezifischen Inhalte aller fünf Berufe gemäß der zeitlichen Gliederung des Ausbildungsrahmenplanes und des KMK-Rahmenplanes für das 1. Ausbildungsjahr zusammen zu tragen. Um eine Überfrachtung der Lehrpläne und eine Überforderung der Schüler zu verhindern, müsste dann in einem zweiten Schritt eine Reduktion der spezifischen Inhalte in den einzelnen Berufen vorgenommen werden.

Dieser zweite Schritt hat aber meines Erachtens nicht stattgefunden. Die Lehrpläne enthalten die spezifischen Inhalte aus allen fünf Berufen. Dies soll an zwei Beispielen aufgezeigt werden:

Die Ziele und Inhalte des Faches „Grundlagen der Elektrotechnik und Versorgungsnetze“ enthalten komplett die spezifischen Inhalte des IT-Systemelektronikers für das 1. Jahr. Für die anderen vier Berufe ist nur das Lernziel 1: „Elektrische Grundgrößen“ von gewisser Bedeutung. Das Lernziel 2: „Elektroinstallation“ ist ein rein spezifischer Inhalt des IT-Systemelektronikers und für die übrigen Berufe nicht relevant.

Ähnlich stellt es sich im Fach „Betriebswirtschaftliche Prozesse und Rechnungswesen“ dar. Hier sind die Lernziele 1 bis 3 in ihrer inhaltlichen Ausgestaltung gemeinsame Inhalte aller Berufe. Das Lernziel 4: „Rechnungswesen“, das eigentlich

Grundlagen der Finanzbuchhaltung heißen müsste, ist im 1. Ausbildungsjahr lediglich beim Informatik- und IT-Systemkaufmann angesiedelt und für die anderen Berufe nicht oder erst zu einem späteren Zeitpunkt relevant.

Weitere Beispiele hierzu lassen sich auch in den Fächern „IT-Systeme“ und „Anwendungsentwicklung“ finden.

Zugegeben, die Entwicklung gemeinsamer Lehrpläne für fünf doch sehr unterschiedliche Berufe unter den dargelegten Rahmenbedingungen ist nicht einfach. Dass der gewählte Weg der richtige ist, darf jedoch bezweifelt werden.

Einar Kerler

Personalien



Luzie Härtl im Ruhestand

Im Rahmen einer originellen Feierstunde und in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste wurde Luzie Härtl Ende Mai am Staatlichen Berufsbildungszentrum Regensburg, einer „ihrer“ Berufsschulen, in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Mitte Juli folgte dann noch die Verabschiedung im internen Kreis der Schulleiter. Damit verlässt eine profunde Kennerin des beruflichen Schulwesens der Oberpfalz die Bühne der Aktiven im Schuldienst.

Über die landwirtschaftliche Berufsschule Neunburg vorm Wald kam sie als Sachgebietsleiterin an die Regierung der Oberpfalz und verkörperte dort die Schulaufsicht im Zuständigkeitsbereich des Sachgebietes 522. Schulaufsicht bestand

für sie nicht nur darin, für die Einhaltung der geltenden Bestimmungen und ministeriellen Vorgaben zu sorgen, sondern vor allem in dem Anliegen der pädagogischen Begleitung und Förderung der Schulen. Dafür sind ihr besonders die vielen neugegründeten Schulen zu Dank verpflichtet, denn nicht selten sind hier Fachleute als Lehrpersonen tätig, deren eigentliche Profession auf anderen fachlichen Gebieten liegt.

Zwischen dem Berufsantritt von Luzie Härtl und ihrem Ruhestand liegen 40 Jahre, in denen sie uns stets eine zuverlässige, aufrichtige Ansprechpartnerin und berechenbare Vorgesetzte war. Es sind aber auch 40 Jahre ununterbrochener Mitgliedschaft in unserem Verband. Sicher hat sie manche Verbandsaktivität aus einem anderen Blickwinkel betrachtet, aber das gemeinsame Anliegen, die beruflichen Schulen, die Lehrer und Schüler zu fördern, stand nie in Frage, war stets die Brücke.

Wir danken Luzie Härtl für ihre jahrzehntelange Verbundenheit zu unserer Solidargemeinschaft und wünschen ihr im Ruhestand viel Glück, Gesundheit und Wohlergehen.

Michael Birner

Ehrenmitglied Peter Wimmer im Ruhestand



Mit einer großen Abschiedsfeier Ende des Schuljahres an „seiner“ Schule, der Berufsschule für Kfz-Mechanik am Elisabethplatz in München, beendete Peter Wimmer, Ehrenmitglied des VLB, seine aktive Laufbahn. Zahllose Gäste waren er-

schieden, angefangen von der gesamten Münchner „Schulprominenz“ bis hin zu Gästen aus der Ukraine und aus Ungarn, die mit Peter Wimmer eine über langjährige Schulpartnerschaften entstandene Freundschaft verbindet.

Peter Wimmer, Jahrgang 1938, blickt auf eine lange und erfolgreiche Karriere zurück, die 1963 mit dem Vorbereitungsdienst – schon damals an der Schule am Elisabethplatz – begann; gleichzeitig trat er dem VLB bei. Mit der ihm eigenen Tatkraft und Energie widmete er sich sowohl dem Beruf als auch der ehrenamtlichen Tätigkeit im Verband und der Personalratsarbeit: mit Referatspersonalrat, Fachbetreuung, Beratungslehrkraft, Bezirksvorstand des VLB, Schöffe am Jugendgericht, ehrenamtlicher Geschäftsführer des VLB und Schulleiterstellvertreter seien hier nur die wichtigsten Stationen genannt. 1988 schließlich übernahm Peter Wimmer nach einem kurzen „Gastspiel“ am BSZ Liebherrstraße in München die Schulleitung an „seiner“ Kfz-Schule und nur wenig später (1991) die Leitung des gesamten Berufsschulzentrums am Elisabethplatz, schließlich wurde er in den Vorstand der Stahlgruber-Stiftung berufen.

Man würde Peter Wimmer jedoch Unrecht tun, nur die erfolgreiche berufliche Seite seiner Person hervorzuheben. Beliebt war er vor allem auch wegen seiner emotionalen, warmen und großzügigen Freundlichkeit und Menschlichkeit. Wie viele Schulleiter gibt es schon, die von ihren Sekretariatskräften zum „freundlichsten Chef Münchens“ vorgeschlagen wurden? Und auch die ehemaligen und noch aktiven Mitarbeiter in der Geschäftsstelle des VLB freuen sich noch heute, wenn der ehemalige Geschäftsführer auftaucht.

Der VLB, der ihm auf Bezirks- und Landesebene viel zu verdanken hat, wünscht Peter Wimmer alles Gute für den nun beginnenden Ruhestand, Zeit und Muße für seine Hobbys und Interessen – und vor allem mehr gemeinsame Zeit für und mit seiner Frau, als dies in den Jahren seiner engagierten Berufstätig-

keit und Verbandsarbeit oft möglich war. In diesem Sinne und auf gut münchenerisch: „Vergelt's Gott, pfüat di und ois Guade, lieber Peter!“ *Dr. Siegfried Hummelsberger*

Wir gratulieren im November zum ...

... zum 80. Geburtstag

Hösle, Josefine, 04.11.
86152 Augsburg, KV Augsburg
Neuhäuser, Freia, 05.11.
85221 Dachau, BV München
Dorn, Bruno, 14.11.
35394 Gießen, KV Untermain
Allin, Berta, 15.11.
86609 Donauwörth, KV Nordschwaben
Harant, Adolf, 25.11.
84347 Pfarrkirchen, KV Ndb.-Ost

... zum 75. Geburtstag

Janisch-Schüch, Helma, 04.11.
94032 Passau, KV Ndb.-Ost
Miksch, Wolfgang, 07.11.
87437 Kempten, KV Allgäu
Halbleib, Heinz, 20.11.
86152 Augsburg, KV Augsburg
Kurz, Karl, 24.11.
88131 Lindau, KV Allgäu
Baumberger, Hans, 27.11.
87435 Kempten, KV Allgäu

... zum 70. Geburtstag

Mandl, Lothar, 07.11.
93083 Obertraubling, KV Regensburg
Debes, Rudolf, 15.11.
63773 Goldbach, KV Untermain
Wohlfart-Winter, Elisabeth, 17.11.
87634 Obergünzburg, KV Augsburg
Lainer, Bartholomäus, 21.11.
84036 Landshut, KV Landshut
Prem, Margarete, 22.11.
86153 Augsburg, KV Augsburg
Traunfelder, Wilhelm, 27.11.
91781 Weißenburg, KV Mfr.-Süd

... 65. Geburtstag

Wittmann, Richilt, 05.11.
93437 Furth, KV Cham
Hoffmann, Maria, 08.11.
97072 Würzburg, KV Würzburg
Mähler, Theo, 08.11.
87278 Traunstein, KV Traunstein-BGL
Handschuh, Wilhelm, 16.11.
91438 Bad Windsheim, KV Mfr.-Nord
Kosak, Franz, 19.11.
94469 Deggendorf, KV Donau-Wald
Trenka, Albert, 24.11.
85114 Buxheim, KV Obb.-Nordwest
Linek, Waltraud, 25.11.
85386 Eching, KV Obb.-Nordwest

... zum 60. Geburtstag

Pfaffl, Josef, 07.11.
94327 Bogen, KV Donau-Wald

Urban-Will, Annemarie, 13.11.
92345 Dietfurt, KV Amberg-Sulzbach

Dorsch, Günter, 14.11.
84503 Altötting, KV Altötting-Mühldorf

Köhler, Hermann, 15.11.
95138 Bad Steben, KV Ofr.-Nordost

Markus, Adolf, 15.11.
95119 Naila, KV Ofr.-Nordost

Knoll, Norbert, 17.11.
85716 Unterschleißheim, BV München

Thomé, Hans Wilhelm, 17.11.
85604 Zorneding, BV München

Seidler, Christl, 25.11.
96237 Ebersdorf, KV Ofr.-Nordwest

Rill, Dietmar, 26.11.
86650 Wemding, KV Nordschwaben

Brinninger, Georg, 27.11.
83043 Bad Aibling, KV Rosenheim-Miesbach

Bayerlein, Hermann, 28.11.
95463 Bindlach, KV Bayreuth-Pegnitz

Durch ein Versehen sind in den Heften 06 und 08-09 nachfolgende Personalien nicht abgedruckt worden. Wir bitten dies zu entschuldigen.

06/2001

In den Ruhestand sind gegangen ...

Frank, Gertraud (KV Landshut)
Franz, Theodor (KV Regensburg)

Koch, Reinhard (BV München)
Maier, Jürgen (KV Allgäu)
Neudecker, Anna (KV Landshut)
Poller, Peter (BV München)
Seifert, Werner (KV Bamberg-Forchheim)
Weidgans, Maximilian
(KV Niederbayern-Ost)
Zimmer, Fritz (KV Landshut)
Zimmermann, Sabine (KV Obb.-Südwest)

Wir trauern um ...

Gassner, Hans (KV Obb.-Nordwest) (73)
Gürth, Martha (KV Augsburg) (79)
Maier, Gertrude (KV Altötting-Mühldorf) (78)
Peglow, Hans-Martin (KV Ofr.-Nordost) (71)
Weiß, Hanns-Dietrich (KV Ofr.-Nordost) (56)

08-09/2001

In den Ruhestand sind gegangen ...

Engel, Renate (KV Main-Rhön)
Gerhardinger, Hans (KV Niederbayern-Ost)
Hauben, Adolf (KV Obb.-Nordwest)
Hommel, Werner (KV Obb.-Nordwest)
Hofbauer, Gerhard (KV Landshut)
Meißner, Hermann (KV Schwandorf)
Mißlbeck, Franz (KV Regensburg)
Schäffler, Wolfgang (KV Allgäu)

Schwelger, Max (KV Rosenheim-Miesbach)
Wiermann, Volker (BV München)
Wimmer, Peter (BV München)

Wir trauern um ...

Dr. Pfannenmüller, Oskar (KV Mfr. Süd)(95)

In den Ruhestand sind gegangen ...

Braun, Günter (KV Untermain)
Dirauf, Heinrich (KV Mfr.-Süd)
Heinrich, Werner (KV Obb.-Nordwest)
Hiebl, Karl (KV Cham)
Köstler, Wolfgang (KV Allgäu)
Müller, Ann-Margret (KV Nürnberg)
Dr. Niemann, Elke (KV Mfr.-Süd)
Schalk, Heinz (KV Nürnberg)
Vogel, Dieter (KV Ofr.-Nordost)
Weigand, Alfred (KV Augsburg)
Welkener, Dieter (KV Rosenheim-Miesbach)
Wolf, Bernd (KV Ofr.-Nordwest)

Wir trauern um ...

Bösendorfer, Josef (KV Nürnberg) (70)
Klos, Herbert (KV Mfr.-Nord) (88)
Lücke, Erwin (KV Allgäu) (58)
Meixner, Günter (KV Mfr.-Nord) (72)

CDU auf der Suche nach einer neuen Bildungspolitik

Die CDU ist auf der Suche nach einer neuen Bildungspolitik. Während der Entwurf des unter Federführung von CDU-Chefin Angela Merkel erstellten Papiers „Neue soziale Marktwirtschaft“ im Wesentlichen die alten bildungspolitischen Forderungen der Union nach zwölfjähriger Schulzeit für alle Abiturienten und nach einer „gezielten Förderung von Hochbegabten und Leistungseliten“ wiederholt, wird im NRW-Landesverband unter Führung des früheren CDU-Bundesbildungsministers Jürgen Rüttgers an einem völlig neuen Konzept gearbeitet. In dem Papier, das der dpa vorliegt, wird eindringlich vor einer „rückwärts gewandten“ Schulpolitik und einer „strengeren Beschränkung des Gymnasialzugangs“ gewarnt. „Denn wir brauchen mehr und nicht etwa weniger Studenten, Akademiker und hochqualifizierte Fachkräfte.“ Das Papier soll auch in die Gremien der Bundes-CDU eingebracht werden.

Der Bundesvorsitzende des CDU-Fachausschusses „Bildungs- und Kulturpolitik“, Herbert Reul, der zugleich NRW-CDU-Landesgeschäftsführer ist, sagte dazu auf Anfrage, es dürfe nicht darum gehen, „die erreichte Bildungsexpansion im Schulbereich wieder zu beschränken“. Allerdings sei die Schaffung von mehr Qualität „zwingend“. Reul: „Wir brauchen nicht nur viele Abiturienten, sondern viele gute Abiturienten.“ Zugleich müsse sich das Lernen in den Schulen ändern. Die Schule müsse mehr „Fundamentalbildung“ vermitteln, fordern und auch erziehen.

In dem NRW-CDU-Papier wird auf die zahlreichen jüngsten Prognosen verwiesen, die der Bundesrepublik angesichts der nur geringen Studierquote für die nächsten Jahre einen dramatischen Fachkräftemangel voraussagen. Auch die Green-Card-Diskussion habe den „eklatanten Mangel an Fachkräften in Deutschland allgemein bewusst“ gemacht. Zugleich sei durch die

TIMSS-Studie erneut deutlich geworden, dass der Leistungsstand der deutschen Schüler im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich international gesehen „allenfalls mittelmäßig ist“.

In dem Papier wird auf die Steigerung der Schüler- und Studentenzahlen in Deutschland in den vergangenen drei Jahrzehnten verwiesen. Dies sei aber „teilweise durch eine Senkung des Leistungsniveaus erkauft“ worden. Zur Beseitigung dieses Missstandes werde vielfach „eine Wiederbelebung der Auslese in den Schulen“ gefordert, etwa durch „Maßnahmen wie beispielsweise die Rückkehr zu einer strenger Beschränkung des Gymnasialzugangs“. Weiter heißt es: „Das Gegenteil ist richtig. Wir müssen alles dafür tun, dass die Bildungsexpansion im Schulbereich weitergeht, und wir müssen alles dafür tun, dass sie sich ohne den bisherigen Bruch in den Hochschulbereich hinein fortsetzt.“ In diesem Zusammenhang wird darauf verwiesen, dass 40 Prozent aller Studenten das Studium abbrechen und die erreichte Bildungsexpansion im Schulbereich damit durch die Hochschulen „ausgebremst“ werde.

Verlangt wird eine tiefgreifende Reform von Lerninhalten und Curricula in den Schulen: „Auf entbehrliches Detailwissen muss verzichtet werden; das Grundwissen und die Schlüsselqualifikationen müssen im Gegenzug vertieft und gefestigt werden.“

In dem Papier bekennen sich die Autoren eindeutig zum gegliederten Schulsystem. Scharfe Kritik üben sie an der Bildungspolitik der Sozialdemokraten. „Die von der SPD verheißene signifikante Erhöhung des Anteils der Arbeiterkinder, die Abitur machen oder studieren, ist trotz 30-jähriger SPD-Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen nicht gelungen.“ Die Schulwirklichkeit im bevölkerungsreichsten Bundesland sei geprägt durch „Unterrichtsausfall, Kürzungen der Stundentafel als

Reaktion auf steigende Schülerzahlen, die Einstellung von häufig nicht ausreichend fachdidaktisch und methodisch ausgebildetem Personal, immer größere Klassen und strukturellen Lehrermangel“.

Das 80-Seiten-Papier, das Kernstück für den Leitantrag auf dem CDU-Parteitag im Dezember in Dresden sein soll, enthält auch umfangreiche Aussagen zur Bildungs- und Forschungspolitik. Diese basieren im Wesentlichen auf dem von der CDU-Vizevorsitzenden und baden-württembergischen Schulministerin Annette Schavan geprägten Antrag des bildungspolitischen Sonderparteitages im November vergangenen Jahres in Stuttgart.

Verlangt wird darin „eine Stärkung des gegliederten Schulsystems, das durch seine Differenzierung am besten in der Lage ist, die unterschiedlichen Anlagen und Begabungen von Kindern zu fordern“. Bereits in der Grundschule soll Englisch Pflichtfach werden, am Gymnasium sollen zwei Fremdsprachen bis zum Abitur geführt werden. „Der Leistungsvergleich zwischen Schulen soll durch die Einführung zentraler Abschlussprüfungen auf Länderebene in allen Schulformen verbessert werden.“ Die Regelschulzeit bis zum Abitur soll bundesweit auf zwölf Jahre verkürzt werden.

„Eltern sollten bei der Schulwahl für ihre Kinder nicht länger an das Ortsprinzip gebunden sein, sondern zwischen allen verfügbaren Angeboten frei entscheiden können“, heißt es in dem Papier weiter. Die Schulen sollten mehr Eigenständigkeit bei finanziellen, personellen und organisatorischen Entscheidungen erhalten und insbesondere über eine Budgethoheit verfügen.

Das Abitur soll grundsätzlich die notwendige Voraussetzung für den Hochschulzugang bleiben, jedoch keinen Rechtsanspruch mehr auf Hochschulzulassung begründen. Diese soll künftig im Rahmen von „leistungsbasierten Zulassungsverfahren der jeweiligen Hochschule

gewährt werden“. Die ZVS könne damit abgeschafft werden.

„Studiengebühren für Langzeitstudenten dürfen in allen Ländern kein Tabu mehr sein“, heißt es in dem Papier weiter. Zur Frage der allgemeinen Studiengebühren macht das Papier keine klare Aussage. Ähnlich wie in dem Stuttgarter Beschluss heißt es: „Darüber hinaus ist! zu prüfen, ob durch eine sinnvolle Kombination von BAföG, Bildungssparen, Bildungsdarlehen und Gebühren bei einkommensab-

hängiger Darlehensrückzahlung sowie Freiplätzen für Begabte und Bedürftige die Sozialverträglichkeit des Studienfinanzierungssystems gewährt und die Qualität von Studium und Lehre verbessert werden kann.“

Unter der Überschrift „Mehr Internationalität der Hochschulausbildung“ heißt es in dem CDU-Papier: „Für ausländische Studenten, insbesondere akademische Eliten, muss die deutsche Hochschullandschaft attraktiver werden. Unser Ziel

ist es, den Anteil der in Deutschland studierenden Ausländer auf zehn Prozent aller Studenten zu verdoppeln.“ Verlangt werden damit unter anderem die Vereinfachung des Arbeitsrechts für ausländische Studenten, insbesondere beim Erhall einer Arbeitserlaubnis zur Finanzierung des Studiums und nach Beendigung ihres Studiums, sowie die Verkürzung der Wartezeiten für die Arbeitsaufnahme nachgereister Ehegatten.

Karl Hein Reith (dpa)

EU plant Norm für Lebensläufe

Job-Bewerber in Europa sollen ihre Lebensläufe künftig nach einheitlichen Regeln gestalten. Die Europäische Kommission bereitet derzeit EU-weite Vorgaben für den Aufbau und Inhalt dieser zentralen Bewerbungsunterlage vor. Dadurch könnte manches anders werden, als es deutsche Jobanwärter bisher oft handhaben. Ziel sei es, die Chancen der Bewerber zu verbessern. Bereits im November könnten die zuständigen Bildungsminister der 15 EU-Staaten die Vorlage beschließen, sagte ein Kommissionssprecher.

Der Entwurf der Kommission weist eine Reihe von Änderungen gegenüber traditionellen Lebensläuten auf, die in Deutschland häufig chronologisch aufgebaut sind und von manchen Arbeitgebern noch handschriftlich verlangt werden. Auch ein Passfoto ist im Lebenslauf nach europäischem Muster nicht mehr vorgesehen.

Nach Namen, Adresse, Nationalität, Geburtsdatum und Sprachkenntnissen sollen die Bewerber künftig ihre Arbeitserfahrungen und Ausbildungen in getrennten Listen angeben. Dabei sollen nach angelsächsischem Modell die neuesten Daten oben stehen, ältere Erfahrungen kommen in absteigender Reihenfolge danach.

Ein einheitliches Lebenslauf-Format soll europäischen Arbeitssu-

chenden die Bewerbung um einen Job im In- und Ausland erleichtern, betont die Kommission in ihrem Entwurf. Es könne dabei helfen, Barrieren zu überwinden, die aus den unterschiedlichen nationalen und institutionellen Herangehensweisen herrühren. Die Verwendung des Musters soll aber freiwillig bleiben, wie der EU-Gipfel von Lissabon dies im Februar 2000 beschlossen hat.

Das EU-weite Lebenslauf-For-

mat müsse einerseits flexibel sein, damit Bewerber ihre individuellen Fähigkeiten darstellen können, heißt es in dem Kommissionsentwurf. Andererseits solle unnötige Vielfalt vermieden werden. Ein Lebenslauf nach EU-Muster soll dem Plan zufolge auch in elektronische Datenbanken für Arbeitssuchende auf nationaler und europäischer Ebene eingespeist werden können.

Verein Masaya - zur Förderung von Kindergärten und Schulen in Nicaragua:

Nicaraguanische Kinder brauchen unsere Unterstützung



Für diese Kinder ist der erste Schritt getan

Auf acht erfolgreiche Jahre kann der "Verein Masaya - zur Förderung von Kindergärten und Schulen in Nicaragua" inzwischen zurückblicken.

Gegründet hat ihn der Rothenburger Berufsschullehrer Wolfgang Löschel, der Nicaragua während einer Urlaubsreise kennen und lieben lernte. Zugleich erlebte er das Elend

der bettelnden Straßenkinder und junger Mädchen, die der Prostitution nachgehen, lernte den menschenunwürdigen Teufelskreis von Armut und Arbeitslosigkeit kennen.

Mitglieder des Lehrerkollegiums unterstützten Löschel bei seiner Initiative, die Straßenkinder in die Schule zu holen, sie mit Unterrichtsmaterial auszustatten, ihnen

zu essen zu geben. Mittlerweile hat der Verein auch Mitglieder außerhalb des Schulbereichs.

Eines der gesetzten Ziele, Kindern in drei Schulen neben Lesen, Schreiben und Rechnen auch angemessene Unterrichtsräume zu bieten und diese mit dem nötigen Mobiliar zweckmäßig auszustatten wurde weitgehend erreicht. Weiterhin war es dringend nötig, die Kinder täglich mit einer warmen Mahlzeit zu versorgen. Unentgeltlich kochen die Mütter abwechselnd für die Schüler: Gemüse, Bohnen, Brot, Kochbananen und Reis stehen auf dem Speiseplan.

Das didaktische Material für den Unterricht wird vom Verein Masaya finanziert, ebenso werden die Kosten für Baumaterialien und Lebensmittel übernommen. Eine inzwischen eingerichtete Bibliothek, mit Büchern und Schautafeln vom Verein Masaya ausgestattet, bietet den Schülern eine weitere Möglichkeit zur Information und Bildung. Der Erfolg der Schule gibt den Initiatoren und ihrem Gesamtkonzept grundsätzlich recht: 20 % mehr Schüler erreichen mittlerweile die Abschlussklassen, die Durchfallquote hat sich gewaltig reduziert. Fünf der Schulabgänger konnten inzwischen sogar mit einem Studium beginnen. Dank der Kinderspeisestätten hat sich die gesundheitliche Situation der Kinder erheblich verbessert.

Wassertanks konnten angeschafft werden, so dass den Kindern und Schülern immer Trinkwasser zur Verfügung steht. Ebenso erleichtern Kochkisten und Gaskocher die Zubereitung der Lebensmittel und schonen die Umwelt, Holz muss nicht mehr herangeschafft werden.

Erstmals ist es dem Verein möglich, die Lebensmittelversorgung für 12 Monate im Jahr sicher zu stellen. Was im vergangenen Jahr erschwerend für den Verein hinzukam, ist ein Erdbeben, welches die Außenanlagen, Schulgebäude und eine der Speisestätten stark schädigte, so dass zusätzliche Gelder zur Sanierung des baufällig gewordenen Speisesaales verwendet werden musste.

Mit 20.000 DM pro Jahr ist es dem Verein möglich, ein Jahr lang 650 Kinder 5 mal wöchentlich mit einer warmen Mahlzeit zu versorgen - oft der einzigen am Tag. Ein vollständiges und vollwertiges Mittagessen kostet also noch nicht einmal 15 Pfennige pro Kind.

Allerdings muss der Verein auch Rückschläge hinnehmen: so konnte er zwar ein Tor zur Absicherung des Schulgeländes und des Schulgartens finanzieren, leider vernichtete Ungeziefer die komplette Jahresernte an Gemüse. Termiten fressen sich

nicht nur durch die Fensterrahmen, sondern auch durch die einfachen Holzstühle der Kinder, so dass auch hier Reparaturkosten anfallen.

Der Verein ist derzeit dringend auf Spendengelder angewiesen. Wenn Sie den Kindern helfen möchten, können Sie dies mit einer Spende auf das Konto 372 375 bei der Sparkasse Rothenburg mit der BLZ 765 518 60 tun. Nähere Auskünfte erteilen gerne Uschi und Wolfgang Löschel unter der Telefonnummer 09861/86533.

Margit Schmandt

Mit Büchern solidarisch handeln

Die Idee des Non-Profit-Buchverandes FREMDE WELTEN ist einfach und überzeugend zugleich: es kann jedes gewünschte Buch geliefert werden, Umsatzanteile und der Überschuss fließen in soziale Projekte im In- und Ausland.

Angefangen hat alles damit, dass die Schweinfurter Straßenkinderhilfe, die sich um Straßenkinder in Bolivien und Brasilien kümmert, durch Fremde Welten unterstützt wurde. Wie funktioniert das Ganze: Die Schule kauft ihre Bücher bei FREMDE WELTEN, die wiederum einen Umsatzanteil an die Schule zurückspendet. Diese leitet den Betrag dann an das von der Schule unterstützte Projekt weiter.

Auch wenn die bestellende Schule kein direkt unterstützendes Projekt hat, trägt sie dazu bei, dass der Überschuss an Projekte fließt, die dann von FREMDE WELTEN ausgewählt werden. So wurde Anfang Januar diesen Jahres ein Slum-Projekt in Addis Abeba in Äthiopien unterstützt: die Spende diente für die Aufrechterhaltung der dortigen Bibliothek.

Weiter Informationen in welche Projekte die Spenden der letzten Jahre flossen sind auf der Homepage von FREMDE WELTEN zu finden: <http://www.fremdewelten.de>

Über das Internet kann auch jedes Buch direkt bestellt werden. Für Schulen besonders wichtig: sie werden zu den gewohnten Konditionen beliefert, selbstverständlich auch versandkostenfrei.

Titel: Die Zukunft des Kapitalismus – ein Lernzirkel
Autoren: Hartmut u. Thilo Castner
Verlag: Eigenverlag, Am Spirkbrunnen 15, 90562 Kalchreuth, 09 11/5 18 89 28,
Rezensent: Martin Ruf

Texte, Karikaturen, Grafiken und Aufgaben mit Lösungshinweisen wurden in Form eines Lernzirkels zusammengestellt, mit den die Strukturen des 'Turbo-Kapitalismus' und seine teilweise besorgniserregenden Auswirkungen aufgezeigt werden. Die Lerninhalte mancher Stationen gehen über die Lehrplanvorgaben hinaus, liefern aber interessante Betrachtungsweisen. Besonders hervorzuheben ist die Auswahl der Texte der einzelnen Stationen. Bei einem Preis von 11,00 DM ist die Broschüre allemal eine interessante Anschaffung.

Titel: Décider dans l'école Des contradictions... à l'action
Autor: Jean-Paul Julliard
Verlag: Chronique Sociale, F-69002 Lyon
ISBN-Nr.: 2-85008-421-2
Rezensent: Helmut Stephan

Das Werk schildert das breite Spektrum der großen Fragestellungen, die nicht nur das französische Bildungssystem charakterisieren. Es konzen-

triert sich auf sieben pädagogische Spannungsfelder in Frankreich:

1. Soll man die Schüler eher wissensstark und/oder eher sozialkompetent machen?
2. Sollen dieselben Schüler eher lernmäßig nivelliert oder eher differenziert werden?
3. Soll sich die Schule der Außenwelt verstärkt öffnen oder eher verschließen?
4. Sollen Entscheidungsprozesse determinanten eher auf Landes- und/oder Lokalebene festgelegt werden?
5. Sollen die Schüler eher intellektuell-theoretisch oder verstärkt gesellschaftsdienlich unterrichtet werden?



Non-Profit- Universalbestell- buchhandlung

**Wir bestellen für Sie jedes
Buch aus jedem Verlag
sofortige Lieferung – kosten-
loser Versand**

**unser Schwerpunkt:
Schulbücher – Klassensätze
und Schulbibliothek**

*Unsere Überschüsse gehen an
gemeinnützige Organisationen, die
auch Sie mitbestimmen können.
So eignen sich bei Schulen eigene
Projekte, wie sie z. B. von Drittwelt-
gruppen schulintern unterstützt
werden. In diesem Fall spenden wir
einen Umsatzanteil an die Schule
zurück. Diese leitet den Betrag an das
Projekt weiter.*

Fremde Welten

**Lena-Christ-Strasse 50
82152 Martinsried**

Telefon 089-85 66 16 26

Fax 089-85 66 16 36

**e-mail: info@fremdewelten.de
<http://www.fremdewelten.de>**

6. Sollen die Schüler eher einer Bildungsnorm und/oder eher einer Ausleseprozessoption unterzogen werden?
7. Soll man sagen, was man macht und/oder soll man machen, was man sagt?

Jedes dieser Spannungsfelder wird in einer Überblicksvorschau kurz vorgestellt. Jeder Widerspruch wird dann in einer Problemanalyse mit Beispielschilderungen aus der Klasse oder aus der Schule abgeklärt. Zum Abschluss werden Lösungsideen zu jedem Spannungsfeld geliefert.

Das Werk bietet einen hervorragenden Einblick in das französische Bildungs- und Erziehungssystem und beinhaltet eine Chronik des französischen Schulwesens von vor 1880 bis 2000, zahlreiche aktuelle und traditionelle pädagogische Schwerpunktbeispiele, z. B. Projektunterricht, multimedialer Unterricht, Gewalt in der Schule, Lehrer-Schüler-Verhältnis, Erziehung von Mädchen und Buben, Globalisierung der Pädagogik, Stellung von Staat und Kirche im/zum Schulwesen, Orientierungsgesetz von 1989 (EUG). Das Buch enthält aufschlussreiche Schemata über die geoeukative Kompetenzverteilung des französischen Schulwesens in Zentralzuständigkeit sowie regionale und departementale Verantwortung.

Für alle Pädagogen, die sich über das Bildungssystem Frankreichs informieren wollen, ist das Buch eine erkenntnisreiche Lektüre, die mit ab mittleren Französisch-Kenntnissen zu bewältigen ist, da die französischen und deutschen Fachausdrücke meist gleichen etymologischen Ursprungs sind.

Jean-Paul Julliard lehrt an der Universität Lyon I. Zuvor war er 25 Jahre im Schuldienst tätig. Zudem hat er 14 Fernsehsendungen über das französische Bildungssystem produziert.

Das Motto *Y-a-t-il une vie après l'école ?* (Gibt es ein Leben nach der Schule?) durchzieht das ganze Werk und fesselt den Leser immer wieder von Neuem. Das Buch empfiehlt sich für jede EU-orientierte pädagogische Seminarbibliothek.

Leser schreiben

Von Heinz-Ulrich Schmidt erreichte uns folgender Leserbrief zu einem Besuch Oberpfälzer Sozialkundelehrer im Bayerischen Landtag:

Von den Volksvertretern nicht ernst genommen?

Angeregt durch einen Beitrag in akzente 08-09/00 plante ich in Abstimmung mit der Regierung der Oberpfalz eine Fahrt zum Bayerischen Landtag. Es sollte keine Kaffeeahrt oder ein gemütlicher Ausflug nach München werden, sondern eine ernsthafte Fortbildungsveranstaltung für Multiplikatoren (30 Sozialkunde-Fachbetreuer und interessierte Lehrkräfte).

Geplanter Schwerpunkt für die teilnehmenden Oberpfälzer Sozialkundefachpädagogen waren „90 Minuten Gespräch und Diskussion mit Abgeordneten aller im Landtag vertretenen Fraktionen“.

Nach Absprache mit Frau Mehr von der pädagogischen Betreuung des Landtages wurde der Seminartag in die sitzungsfreie Woche im März 2001 gelegt und durch einen vorbereiteten Fragenkatalog auch inhaltlich sorgfältig vorbereitet.

Wohlgemerkt, 30 Sozialkundelehrer mussten für diesen Termin an ihren Schulen ‚freigeschoben‘ und Kollegen mit Vertretungen belastet werden, ganz abgesehen davon, dass fast alle Teilnehmer Anfahrtskosten zu den vereinbarten Abfahrtsstationen hatten (Reisekosten!).

Die Enttäuschung begann bereits bei der Begrüßung im Maximilianeum. Leider hatten die Abgeordneten Maria Scharfenberg (Bündnis 90/Die Grünen, Ausschuss für Eingaben und Beschwerden) und Heinz Donhauser (CSU, Mitglied im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport) abgesagt. Auf deren in Aussicht gestellte Vertretungen warteten wir vergeblich. Mit etwas Verspätung erschien Armunt Nentwig von der SPD (Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Technologie),

der dann allein die schriftlichen Fragen und Diskussionsbeiträge aus der Sicht seines politischen Standortes bereitwillig beantwortete.

Um es deutlich anzusprechen, Hildegard Mehr und ihre Mitarbeiter vom Landtagsamt haben uns pädagogisch gut betreut, viele unserer Fragen beantwortet und uns das Maximilianeum gezeigt. Auch der Tagesordnungspunkt „Der Bayerische Landtag im Internet“ fand aufmerksame Teilnehmer und Zuhörer.

In meinen Briefen an Maria Scharfenberg, Heinz Donhauser, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie an die Fraktion der CSU brachte ich meine Enttäuschung über diesen misslungenen Seminartag zum Ausdruck. Lediglich Alois Glück (CSU-Fraktionsvorsitzender) bedauerte in seinem Antwortschreiben den „Vorfall“. Für alle anderen Beteiligten bestand offensichtlich kein Erklärungsbedarf.

Es liegt mir fern, einzelne Politiker oder Parteien in ein negatives Licht zu rücken, es geht auch nicht um Schuldzuweisungen. Nachdem ich jedoch mehrfach von betroffenen Kolleginnen und Kollegen zu dieser Fortbildungsveranstaltung befragt wurde, sehe ich in meinem Leserbrief eine Notwendigkeit.

Was bleibt, ist ein Zweifel am ernsthaften Engagement unserer Volksvertreter. Nehmen sie uns Pädagogen aus dem beruflichen Schulwesen nicht ernst? Wie sollen wir unseren Schülern gegenüber die Arbeit ‚unserer‘ Abgeordneten überzeugend und positiv darstellen (Art. 13 BV)? Wenn schon Lehrer auf diese Art und Weise enttäuscht und abgespeist werden, wie sieht dann ein Abgeordnetengespräch mit Schülern aus?

Ich hoffe, mit diesem Beitrag bei den verantwortlichen Stellen einen Prozess des Nachdenkens auszulösen, beschriebene Missstände und Ärgernisse als Anregung zu überdenken und in Zukunft abzustellen.

Die Inhalte der Leserbriefe spiegeln nicht unbedingt die Meinung des VLB oder der VLB-akzente wieder.

Zu der derzeit laufenden Sondermaßnahme erreichte uns folgender Leserbrief von Christian Gelleri, der im Moment Studienreferendar im zweiten Jahr an der FOS/BOS Augsburg ist:

Gleiches Recht für alle (Stellungnahme eines Referendars zu den Sondermaßnahmen)

Nach den Anstrengungen um die Lehrprobe, den Projekten und den Seminaren steht nun die Hausarbeit und ein anstrengendes zweites Jahr mit 16 Stunden bevor. Einige von uns werden Kollegen an der Einsatzschule kennen lernen, die mit ihrer Qualifikation als Diplom-Kaufleute in einer Sondermaßnahme eingestellt wurden. Diese Leute ohne pädagogische Ausbildung werden mehr als doppelt so gut entlohnt wie wir, brauchen keine großen Projekte und Lehrproben durchzumachen und haben nach zwei Jahren Traineeship die gleichen Berechtigungen an den Berufsschulen wie die fertig ausgebildeten Wirtschaftspädagogen.

Als Wirtschaftspädagoge freilich kommt man nicht in den Genuss der Sondermaßnahme, sondern man muss den mühsamen und durchaus pädagogisch wertvolleren Weg des Referendariats durchschreiten.

Besonders suspekt erscheint mir diese Unterminierung der Ausbildung vor dem Hintergrund meines eigenen Werdegangs. Nach meinem BWL-Studium an der Fachhochschule habe ich mich entschlossen weiter zu studieren. Zunächst habe ich an der LMU zwei Semester Volkswirtschaftslehre mit Wahlpflichtfach Wirtschaftspädagogik studiert. Wenn ich in Ruhe fertig studiert hätte, käme ich heute in den Genuss der Sondermaßnahme. Statt dessen ließ ich mich auf einen Wechsel zu Wirtschaftspädagogik ein. Die Auseinandersetzung mit pädagogischen und sozialpsychologischen Theorien, Konzepten und Projekten bereitete mir große Freude. Theoretisch gut gerüstet habe

ich mich dann ins Referendariat begeben. Ich hatte große Befürchtungen, dass moderne Konzepte nicht zur Lehrerausbildung gehören würden, doch wurde ich im Fach- und Hauptseminar eines besseren belehrt. Mittlerweile bin ich davon überzeugt, dass das Referendariat eine relativ gute Ergänzung zum theorieorientierten Studium darstellt, wenngleich die Rahmenbedingungen um das Seminar herum alles andere als förderlich sind:

- Die Entlohnung liegt unter 2.000 DM brutto.
- Der Einsatz an den Einsatzschulen ist oft am Lehrerberuf orientiert (unter Vernachlässigung von pädagogischen Gesichtspunkten wie z. B. zwei Schularten).
- Im zweiten Jahr ist die pädagogische Freiheit durch 16 Stunden sehr eingeschränkt.

Das jahrelange Hinwirken von Referendarsvertretern und VLB auf bessere Bedingungen wird konterkariert durch die Kürzung der Bezüge vor drei Jahren und die aktuell laufende Sondermaßnahme. Noch vor einem Jahr wurde die Einstellung von Diplom-Kaufleuten und Diplom-Volkswirten in das Referendariat durch den massiven Protest der Unis München und Nürnberg verhindert. Durch den Weggang der Professoren Euler und Sloane gibt es nun keinen Widerstand mehr. Herr Tengg hatte zugesagt, Sondermaßnahmen zu verhindern, so lange es nur möglich wäre. Auf "absehbare Zeit gibt es keine Sondermaßnahmen", so der O-Ton im Jahr 2000.

Wie soll man sich fühlen, wenn man nun im zweiten Jahr in einen anderen Regierungsbezirk versetzt wird, weil in "Oberbayern kein Platz ist" und in Traunstein zwei Diplom-Kaufleute eingestellt werden? Oder wenn an der gleichen Schule ein "Trainee" mit 12 Stunden arbeitet und mehr als das Doppelte verdient? Oder wenn man Hausarbeit schreiben und Lehrprobe machen muss, während der "Trainee" nur das Seminar besucht?

Die Regierung muss nun Taten folgen lassen, die zumindest eine Gleichstellung garantieren, sei es durch eine finanzielle Aufwertung

des Referendariats oder durch Streichung der Sondermaßnahmen und Einstellung von Diplom-Kaufleuten usw. in das ordentliche Referendariat. Am besten wäre freilich eine Kombination aus höherer Attraktivität des Referendariats und einer variablen Lösung für den Lehrermangel. Es ist höchste Zeit für ein langfristig tragfähiges Konzept, das die Anreize des Referendariats, das Studium der Wirtschaftspädagogik und den Bedarf von Spezialgebieten wie z. B. Informatik mit einbezieht.

Termine

Arbeitstreffen mit KontaktkollegenInnen

Geschäftsführender Vorstand und VLB-Referenten treffen sich mit KontaktkollegenInnen zum Gedankenaustausch.

Termine:

Samstag, 10. November 2001

Für den Bereich Nordbayern in der Ludwig-Ehrhard-Schule, Theresienstraße 15, Fürth

Samstag, 17. November 2001

Für den Bereich Südbayern im Pschorrkeller, Theresienhöhe 7, München

Gemeinsam auf dem Weg

Regionaler Schulkongress

Zeit: 23.02.2002

Ort: Universität Passau

Nähere Informationen:

www.schulinnovation-ndb.de und

schaetz@schulinnovation-ndb.de

Tel. 0871/408 444;

Fax 0871//408 408

6. VLB-Berufsbildungskongress

Termin:

21.- 23. November 2002

Ort: Passau

voneinander lernen – zusammen arbeiten – gemeinsam gestalten

Schulinnovation 2001

Regionalkongress Oberpfalz am 23. Oktober in Weiden

Am Dienstag, den 23. Oktober 2001 findet in Weiden der Regionalkongress „Schulinnovation 2001“ für die Oberpfalz statt. In der Max-Regger-Halle, im Elly-Heuss-Gymnasium und den Geschwister-Scholl-Realschulen werden unter der Schirmherrschaft von Staatsministerin Monika Hohlmeier in Referaten, 25 Schul-Gesprächskreisen, 29 Workshops und rund 80 Märkten innovative Initiativen und Projekte aus allen Schularten vorgestellt, die in sechs Themenbereiche gegliedert sind:

1. Systematische Schulentwicklung
2. Innovative Unterrichtsentwicklung
3. Lern- und Lebensraum Schule
4. Neue Medien / Multimedia

5. Schule und Wirtschaft / Beruf
6. Lernen für Europa

Zum Auftakt um 9:00 Uhr werden Prof. Michael Schratz (Universität Innsbruck) zum Kongressmotto sowie Otto Herz (Bielefeld) zum „Aufbruch in eine neue Lern- und Schulkultur“ vor rund 1500 Lehrerinnen und Lehrer aller Schularten sprechen.

Für den Besuch des Kongresses, der als Fortbildungsveranstaltung anerkannt ist und für den Oberpfälzer Lehrerinnen und Lehrern Dienstbefreiung erhalten können (ab 11:30 Uhr soll möglichst vielen Lehrkräften der Besuch ermöglicht sein), wird um Anmeldung gebeten; aus der Homepage (www.regionalkongress-opf.de), in der die wichtigsten Informationen enthalten sind, kann ein Anmeldeformular geladen werden.

Autorenverzeichnis:

Eisele, Josef	Am Heidebruch 13a, 81375 München, Tel.: (0 89) 70 50 33
Jilg, Ellen	Postfach 1461, 85704 Lohof, Tel.: (0 89) 3 10 43 37
Käfler, Hans	stellvertr. VLB-Landesvorsitzender Jakob-Endl-Str. 10a, 94032 Passau, Tel.: (08 51) 5 32 21
Lieb Gott, Franz/ Fischer, Peter	Chaillandstr. 8, 87477 Sulzberg, Tel.: (0 83 76) 4 18
Lochner, Horst	VLB-Bezirksvorsitzender Mittelfranken Bussardstr. 8, 90556 Seukendorf, Tel.: (09 11) 75 26 09
Münch, Johannes	VLB-Webmaster Ahornweg 4, 86931 Stadtbergen, Tel.: (08 21) 24 30 23
Sauerwein, Hermann	VLB-Landesvorsitzender Walther-von-der-Vogelweide-Str. 22, 97074 Würzburg, (09 31) 7 84 77 25
Uhl, Stefan	Wolframstr. 22b, 86161 Augsburg, Tel.: (08 21) 56 43 78
Lauer, Alexia/ Altmann, Johann	BS, Dr.-Muggenthaler-Str. 11, 93413 Cham, Tel.: (0 99 71) 7 99 65

Schulsplitter

Herbsttag *

*„Herr es ist Zeit, der Sommer war sehr groß.
Leg deinen Schatten auf die Sonnenuhren, und
auf den Fluren lass die Winde los“*

So vieles war am Schluss des vergangenen Schuljahres noch zu tun: Zu unterrichten und zu prüfen, zu korrigieren, zu zensieren. Auch Bürokratius, gewiss kein Heiliger, ist auf seine Rechnung gekommen beim Ordnen aller Papiere. Aber die Zeugnisse sind rechtzeitig fertig geworden und Einsprüche wird es nicht geben. Viele Augen haben geleuchtet beim Anblick von guten Noten und von glücklichen Eltern. Manche Schülerinnen und Schüler werden dem Lehrer noch lange in Erinnerung bleiben: SMV-Sprecher, Organisatoren von Festen und Schulveranstaltungen. Und Uwe Fetzke.

Aber auch traurige Gesichter hat es gegeben von Schülern, die es nicht geschafft haben und jetzt noch einmal das Vergnügen haben werden. Wer weiß, wofür es gut ist, so der Trost. Ja, Herr, der Sommer war sehr groß.

„Befiehl den letzten Früchten, voll zu sein, gib ihnen noch zwei südlichere Tage, dränge sie zur Vollendung hin und jage die letzte Süße in den schweren Wein.“

Noch ein paar Aufräumarbeiten waren geblieben. Des Schülers Ranzen, im hohen Bogen ins Zimmer und hinters Bett geschmissen, wird lange nicht hervorgeholt. Aber der Lehrer hat seine Mappe gleich ordentlich ausgeräumt. Und da stehen seine Lehrbücher wieder griffbereit im Regal. Die Jahrgangsdiskette ist gelöscht, nichts mehr erinnert an das alte Schuljahr. Sonst noch etwas unbereinigt? Die Beihilfe ist abge-

rechnet, die Pflegezusatzversicherung dynamisch angehoben und der Steuerbescheid ist gnädig ausgefallen und abgehftet.

Endlich, dann war es so weit. Spanien, Italien, Fernindien, Balkonien - Ferien. Die ganze Welt erinnerte an einen beschaulichen Biergarten. Oder an eine Käse- und Speckbrotzeit auf einer Alm und an den schweren Wein.

*Wer jetzt kein Haus hat, baut sich keines mehr.
Wer jetzt allein ist, wird es lange bleiben, wird wachen, lesen, lange Briefe schreiben und wird in den Alleen hin und her unruhig wandern, wenn die Blätter treiben.*

September. Das alte Schulhaus riecht wie neu. Vernetzt jetzt endlich und geputzt nach aller Renovierung. Vertraute Plakate schmücken noch die Klassenzimmer, die Coca Cola - Flecken an den Wänden, ein krummer Stuhl auf dem zerkratzten Tisch, wo Uwe Fetzke, sonst rotzfrech, am letzten Schultag sich hat das Heulen mühevoll verkniffen mit dem Zeugnis und drei Fünfern in der Hand.

Und da sind wieder die Kolleginnen und Kollegen, ein Neuer nur, auch nicht mehr frisch, mit aufreizenden und variationsreichen Guten-Anfang-Wünschen. Und der Chef mit kräftigem und warmen Alles-fest-im-Griff-Händedruck. Auf geht 's wieder: Ein neuer Stundenplan und noch größere Klassen. Wahlfach ade und noch zwei Stunden Mehrarbeit. Ein neues Lernfeld gilt es zu beackern. Außen Zorn und innen Reform. Und der Lehrer wird in den Alleen unruhig wandern. Was helfen schon alle die Briefe und die Blätter, die in das Ministerium treiben, an den MB und VLB?

Und was wird aus mir, wie geht es weiter, fragt Uwe Fetzke, wieder an seinem gewohnten Platz und jungen Muts. Der alte Pädagoge, endlich wieder in seinem Klassenzimmer, wo er daheim ist, legt ihm den Arm beruhigend um die Schulter: Wer immer strebend sich bemüht ... – Herr, es wird Zeit. *Josef Eisele*

* Rilke-Paraphrase